

epd medien online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder.

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich. Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 53,20 €
(Studierende mtl. 47,80 €), Kombi-Abonnement epdmedien online und als Heft 95,40 €,
Printversion 61,- € (Preise jeweils incl. MWSt und Versand / Inland,
im Ausland excl. MWSt).

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: vertrieb@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-141,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung
des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbrei-
tet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

12. August 2009 **63**

INHALT Zu Besuch beim Terroristen

Kolumbien: Staatlicher Druck auf Journalisten erhöht / *Von Matthias Knecht* 3

Brüderlich geeint

Die Medienlandschaft Ost – 20 Jahre nach dem Fall der Mauer / *Von Ralf Siepmann* 5

Inland

Verfassungsgericht äußert Zweifel an Haftung für Presseschauen 10

Springer-Enkel im Erbschaftsstreit endgültig gescheitert 10

ProSiebenSat.1 Group will noch mehr sparen 11

Verbraucherzentrale mahnt Sky wegen Geschäftsbedingungen ab 11

DFL beantragt Lizenz für Fußball-Archivkanal 12

Hombach begrüßt Pläne für Bezahl-Inhalte im Internet 13

Kinderschutzbund fordert schnelle Umsetzung von Internetsperren 13

Gericht: Hausdurchsuchung bei Journalist war nicht rechtens 14

LFK: Bußgelder gegen Internetbetreiber waren rechtens 14

Ulrich Tukur wird „Tatort“-Kommissar für den HR 14

Zeitungen müssen deutliche Anzeigenverluste hinnehmen 15

Früherer „Zeit“-Chefredakteur Robert Leicht wurde 65 15

„Das Dritte Buch über Achim“ ist Hörspiel des Monats Juli 16

Ausland

China arbeitet weiter an neuer Medienstrategie 17

EU-Referendum: Irische Sender erhalten mehr Spielraum 18

Niederlande: Kronprinz verklagt AP wegen Urlaubsfotos 18

Marokko: Regierung verbietet Magazine und „Le Monde“ 19

Kritik

„Die Nonne und der Kommissar“: „Todesengel“ von Gies / Brand (ARD/SWR) 20

„Alphaville – Gefangen im Luxus“ von Luzia Campos, Gustavo Ribeiro (ARTE/ZDF) 21

„Comeback“ von Maximilian Plettau (BR) 22

„die alarmbereiten“ von Kathrin Röggla, Leopold v. Verschuer (Bayern 2) 22

Wo Rote gegrillt werden. Bundesliga in den Dritten

epd Jahrelang haben erst Sabine Christiansen und dann Anne Will davon profitiert, dass viele Zuschauer nach dem „Tatort“ beim Ersten geblieben sind. Mit den Sonntagsrechten an der Fußball-Bundesliga hat die ARD plötzlich ein Luxusproblem: Wohin mit der kostspieligen Premiumware? Eine „Sportschau“ gleich nach dem „Tatort“: Das wäre zwar naheliegend, aber auch ein Affront gegenüber Anne Will. Also wurden die regionalen Sportsendungen in den Dritten kurzerhand aufgewertet (oder auch neu ins Programm gehoben) und dürfen nun die beiden Sonntagsspiele der Bundesliga zeigen. So können die Zuschauer immerhin den Werbedauersender DSF großräumig meiden.

Zum Liga-Auftakt hatte „Anne Will“ noch Sommerpause, weshalb einem die Wahl zwischen Fußball oder Politik zunächst erspart blieb. Sofern man bei ständigem Hin- und Herschalten überhaupt von einem fundierten Eindruck sprechen kann, scheint der NDR mit seinem „Sportclub“ in Zukunft die besten Karten zu haben. Die Sendung dauert eine Stunde, es gibt genauso wie bei „Sport im Dritten“ vom SWR Studio-gäste und ein grenzenlos wohlwollendes Publikum. Natürlich sind die thematischen Schwerpunkte regional geprägt. Nach den Spielberichten begrüßte Moderator Wilfried Hark im Norden erst Bremens Tim Borowski (als Kicker nicht unumstritten, als eloquenter Gesprächspartner eine sichere Bank) und dann Hannovers Trainer Dieter Hecking, der nach zwei verlorenen Pflichtspielen schon wieder heftig infrage gestellt wird.

Hark fuchtelte ein bisschen viel mit den Zeigefingern, macht das ansonsten aber gut - muss er auch, schließlich wird die „Sportschau“-Riege (Monica Lierhaus, Gerhard Dellling, Reinhold Beckmann) auch immer wieder mal den „Sportclub“ moderieren. Derweil hat Tom Bartels im SWR nicht etwa Bammel, Hitzlsperger oder Lehmann zu Gast, sondern den Stuttgart-Spieler Elson. Dass der Brasilianer kaum deutsch spricht, stört dabei weniger als die Tatsache, dass er schon geraume Zeit nicht gut genug für die erste Elf des VfB ist.

Bei den Spielberichten, die jeder Sender von den eigenen Reportern kommentieren lässt, gibt es nur geringfügige Unterschiede. Oft ist es schlicht eine Geschmacksfrage, ob man den gern mal unvermittelt explodierenden Steffen Simon mehr schätzt als den sachlichen Gerd Gottlob. Die Qualitätsfrage stellt sich eher in der zweiten oder dritten Reihe.

Wenn Nicole Rautenberger etwa für das HR-„Heimspiel“ den Rückblick auf den Überraschungssieg der Frankfurter in Bremen im Tonfall einer Märchentante vorträgt, weckt das ebenso Umschaltimpulse wie die von Bartels an den Freiburger Trainer Robin Dutt gestellte Frage, was nach dem frühen Rückstand gegen den HSV in ihm vorgegangen sei. Bei „Blickpunkt Sport“ vom BR moderiert derweil recht aufgeräumt Charly Hilpert, dem allerdings unterm Jackett leger das Hemd aus der Hose hängt - was allenfalls bei Stefan Raab akzeptabel ist.

Zurück zum SWR, wo der Kommentar gerade mit Blick auf einige Bratwürste resümiert: „Die Roten wurden gegrillt“ - gemeint ist der VfB Stuttgart nach der Auswärtsniederlage. Aber andere können solchen Brachialhumor auch: Wolfsburg sei wieder „oben auf“, heißt es beim NDR, als Edin Dzeko nach dem 2:0 seinem Stürmerkollegen Grafite (den einige Reporter immer noch „Grafitsch“ nennen) auf den Rücken hüpft. Und weil sich der Kommentator gerade warmgeredet hat, stellt er kurz drauf noch fest: „Die Richtung stimmt“ - während Trainer Armin Veh gerade über einen Pfeil auf dem Asphalt geht.

NDR-Moderator Hark hebt das Niveau wieder, als er sich bei Hecking erkundigt, welche Auswirkungen es auf das Familienleben habe, wenn man als Trainer von den eigenen Fans angefeindet werde. SWR-Mann Bartels lässt sich derweil von Elson dessen Tätowierungen zeigen. Dann doch lieber den „Sportclub“ - selbst wenn der NDR die Heimat des Namensvetters Sportclub Freiburg mal eben vom Breisgau in den Schwarzwald verlegt.

Insgesamt verfolgten etwa 2,5 Millionen Zuschauer die unterschiedlichen Sportsendungen in den Dritten, womit sich die ARD sehr zufrieden zeigte. Mal sehen, was passiert, wenn Anne Will am kommenden Sonntag zurückkehrt.

Tilmann Gangloff

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main.
GEP-Direktor: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Frank Hintze

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien: Diemut Roether (Verantw.
Redakteurin), Michael Ridder

Erscheinungsweise: zweimal
wöchentlich. Monatsabonnement:
61,- inkl. MWSt, im Ausland exkl.
MWSt zuzüglich Versand.
Nachdruck nur mit Vertrag. Druck:
druckhaus köthen

Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Zu Besuch beim Terroristen

Kolumbien: Staatlicher Druck auf Journalisten erhöht / Von Matthias Knecht

epd Schon an der Eingangstür zum luxuriösen Appartementhaus im wohlhabenden Norden Bogotás wird klar, dass Journalismus in Kolumbien ein gefährlicher Beruf ist. Der Pförtner hebt missbilligend die Augenbrauen, als der Name Hollman Morris fällt. Sofort taucht ein bewaffneter Wächter mit Gorillastatur auf. Weitere auffällig unauffällige Gestalten setzen sich auf dem Parkplatz vor dem Haus in Bewegung. Die Mobiltelefone und Sprechgeräte surren, der Name des Besuchers wird akribisch notiert. Schließlich wird Einlass gewährt.

„Das Leben meiner Familie ist ein Inferno geworden“, berichtet Morris, während er die Koffer umpackt. In Kolumbien hält er sich nur noch stunden- oder tageweise auf. Denn vergangenen Februar nannte ihn Präsident Álvaro Uribe öffentlich einen Terroristen. Seither reißen die Todesdrohungen gegen den TV-Journalisten und seine Familie nicht ab. Er weist auf seine zwei kleinen Kinder, die ihren selten anwesenden Vater bedrängen. Sie dürfen nur im gepanzerten Wagen und mit Leibwache in die Schule. Die insgesamt acht Bodyguards für die Familie, darunter der Gorilla am Hauseingang, stellt Kolumbiens Regierung, auf Anordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission.

Morris macht den Präsidenten für die verzweifelte Lage seiner Familie verantwortlich: „Uribe nutzt seine ganze Popularität, um die Gesellschaft gegen den freien und unabhängigen Journalismus zu vergiften. Er stigmatisiert die Opposition.“ Morris erkennt darin eine „Perfektionierung der Barbarei“ und vergleicht Kolumbien mit früheren Militärdiktaturen Lateinamerikas. „Die Repression ist sehr raffiniert. Es gibt keine Blutspuren, es gibt kein Nationalstadion wie in Chile. Aber sie grenzen dich sozial aus, machen dich psychologisch fertig.“

Schattenseiten der „demokratischen Sicherheit“

Nachbarn und Bekannte meiden die Familie Morris, schließlich gilt sie als potenzielles Ziel eines Bombenattentats, wie die Hausverwaltung warnte. „Auch die Kinder werden von der Angst ergriffen“, sagt der Journalist. Seine Stimme stockt. „Exil ist ein Wort, das mir nicht gefällt. Aber wir denken darüber nach, das Land zu verlassen.“

Morris arbeitet für Radio France International, für History Channel, Tiempo Real, BBC, Channel 4 sowie für das öffentliche Fernsehen in Kolumbien. Dort berichtet er über die Schattenseiten von Uribes Politik der

„demokratischen Sicherheit“: Der Journalist ließ Paramilitärs vor der Kamera über ihre grauenvollen Massaker erzählen, und er berichtete über Verbindungen zwischen Paramilitärs und Politik. Das alles widerspricht der offiziellen Darstellung der Regierung. Erst im Juli erklärte Uribe den Paramilitarismus in Kolumbien für aufgelöst. Im Widerspruch zur Regierungspropaganda steht Morris auch, wenn er über die Vertreibungen von Kleinbauern und Ureinwohnern berichtet. Sie werden von Uribe geleugnet oder in ihrem Ausmaß heruntergespielt.

Uribe ist populär wie kein anderer Präsident in Lateinamerika. Denn seit seinem Amtsantritt 2002 verbesserte sich die Sicherheit in den Städten und auf den Überlandstraßen. Die Guerilla ist auf dem Rückzug. Und anders als im Nachbarland Venezuela, wo Präsident Hugo Chávez kürzlich die Lizenz von 34 Radiostationen annullieren ließ (vgl. Meldung in dieser Ausgabe), vermeidet Kolumbiens Regierung die direkte Attacke auf kritische Medien.

Auf den ersten Blick scheint sich die Situation der Presse in Kolumbien gebessert zu haben. Im laufenden Jahr gab es einen Journalistenmord zu beklagen, im vergangenen Jahr gar keinen. Blutiger verliefen die Jahre zuvor, zwischen 1993 und 2007 wurden 125 Journalisten in Kolumbien ermordet. Doch die Bedrohung bleibt. Der letzte Semesterbericht der Interamerikanischen Pressevereinigung (SIP) von Ende März zählt 35 Morddrohungen gegenüber Pressemitarbeitern innerhalb eines halben Jahres auf. Lakonisch heißt es: „Die Mehrheit der Drohungen kam nach der Publizierung von Nachrichten über illegale bewaffnete Gruppen oder über Handlungen öffentlicher Funktionäre.“

Schleppende Aufarbeitung früherer Morde

Genährt wird die Unsicherheit der Journalisten auch durch die schleppende Aufarbeitung der früheren Morde seit 1993. Erst 15 davon wurden aufgeklärt. Vor Gericht anhängig sind derzeit noch 16 Fälle. Doch sie kommen seit April vergangenen Jahres nicht mehr voran. Der kolumbianische Verleger Enrique Santos, zugleich Präsident der SIP, rügte deshalb öffentlich die Justiz seines Landes. „Die skandalöse Straflosigkeit ist ein Faktor, der die Gewalt gegen Journalisten fördert“, sagte Santos Ende Juli.

Von regelmäßigen Einschüchterungen und Morddrohungen berichtet auch Jineth Bedoya, neben Morris

eine der profiliertesten Reporterinnen über den bewaffneten Konflikt Kolumbiens zwischen Regierung, Paramilitärs und FARC-Guerilla. „Man muss viel ertragen können“, sagt die Mitarbeiterin der größten Tageszeitung des Landes, „El Tiempo“, über ihre Arbeit. Dem Job zuliebe hat sie auf Privatleben und Familie verzichtet. In ihrer bisher zwölfjährigen Karriere als Journalistin wurde sie einmal von den Paramilitärs und einmal von der Guerilla entführt. Jedes Mal kam sie glücklich mit dem Leben davon.

Laut Bedoya haben die Aggressionen der illegalen bewaffneten Gruppen gegenüber Journalisten in den letzten Jahren abgenommen. „Sie sind vorsichtiger geworden“, sagt die Reporterin. Als Grund vermutet sie die größere internationale Aufmerksamkeit für Kolumbien. Zugenommen habe hingegen die Verfolgung durch den Staat. „Der Druck kommt von den Agenten des Staates“, sagt Bedoya. Die Methoden seien dabei weniger brutal als früher. „Die Einschüchterung ist raffinierter.“ Dann zeigt sie auf ihr Mobiltelefon: „Ob hier eine Drohbotschaft kommt oder ob sie mich entführen – die Wirkung ist dieselbe.“

Einschüchterung missliebiger Journalisten

Wie weit die Einschüchterungen der Staatspolitik reichen, ist umstritten. Bedoya hat Indizien dafür, dass sie vom militärischen Geheimdienst überwacht wird, seit sie vor zwei Jahren einen kritischen Bericht über Korruption in der Armee veröffentlichte. Ähnlich wie Morris klagt sie über „Stigmatisierung“ und „Verfolgung“ durch staatliche Organe. Eine systematische Regierungspolitik aber erkennt sie dahinter nicht. „Das ist nicht die Politik des Staates“, sagt sie. Vielmehr hätten sich Teile von Geheimdienst und Sicherheitskräften verselbstständigt.

Seit Mai gibt es erstmals Indizien dafür, dass die Einschüchterung missliebiger Journalisten möglicherweise mit Wissen oder sogar auf Anordnung des Präsidenten geschieht. Die Zeitschrift „Semana“ und der führende TV-Sender des Landes, RCN, berichteten, dass das „Administrativdepartement für Sicherheit“ (DAS) seit 2005 Dutzende von Personen lückenlos überwacht. Zu den Opfern der direkt dem Präsidenten unterstellten Schnüffelpolizei gehören Politiker, Richter, Menschenrechtsaktivisten und mindestens vierzehn Journalisten aus den führenden acht audiovisuellen Medien und Presseorganen Kolumbiens. Bis ins Detail ausgespäht hat das Departement, von Kolumbiens Medien inzwischen als „Stasi“ bezeichnet, auch das Privatleben von Hollman Morris.

Die internationale Journalistenvereinigung Reporter ohne Grenzen forderte von Uribe eine Erklärung und

sprach von einer „gewaltigen Verletzung der Prinzipien der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention“. Die kolumbianische Staatsanwaltschaft eröffnete eine Untersuchung. Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass noch mehr Personen als bisher bekannt widerrechtlich ausgespäht wurden. Einer der bespitzelten Journalisten, Daniel Coronell vom öffentlichen Sender Canal Uno, sprach von einem „Watergate“ für Uribe.

Diffamierungsvideo

Präsident Uribe streitet sämtliche Vorwürfe ab. Nach seiner Darstellung versuchen ehemalige DAS-Mitarbeiter, auf deren Aussagen die Vorwürfe beruhen, ihn in ein schlechtes Licht zu rücken. Zugleich verschärfte die Regierung den Druck auf Journalisten. Anfang August wurde fünf Reportern in der besonders von der Guerilla umkämpften Provinz Arauca der Personenschutz entzogen. Die Entscheidung wurde vom DAS getroffen. Gemäß ihrer Einschätzung besteht keine Gefährdung der Journalisten mehr. Im selben Gebiet war erst zwei Wochen zuvor der Direktor einer Radiostation, Juan Carlos Umoa, von der Guerilla zum „militärischen Ziel“ erklärt worden.

Auch Morris vermutet, dass er und andere dem Präsidenten missliebige Journalisten mit dessen Wissen ausgespäht werden. Beweise gibt es in den bisher bekannten Untersuchungsberichten der Staatsanwaltschaft nicht, doch Morris nennt Indizien. So zitierte Uribe bei früheren öffentlichen Attacken gegen Journalisten aus Quellen, die nur vom Geheimdienst stammen konnten. Der Präsident bezog sich dabei auf widerrechtlich konfisziertes Filmmaterial, das noch nicht ausgestrahlt wurde.

In den Büros des Geheimdienstes DAS entstand nach dem bisherigen Untersuchungsstand auch ein Diffamierungsvideo gegen Morris, das in Bogotá zirkuliert. Die gefälschte Aufnahme präsentiert ihn und weitere Journalisten als Mitglieder des internationalen Blocks der FARC-Guerilla. Morris weist die Unterstellung als absurd zurück. „Wenn Sie meine TV-Berichte anschauen, dann sehen Sie, dass ich die FARC ablehne und den Krieg verurteile. Wo ist da die Verherrlichung des Terrorismus?“

Uribe wirft Morris und anderen Journalisten weiterhin vor, im „Dienst der FARC“ zu stehen. Reporter ohne Grenzen rügte diese „Hasstiraden“ bereits im vergangenen April. „Der Staatschef scheut nicht davor zurück, das Leben der Journalisten aufs Spiel zu setzen“, schrieb die Journalistenorganisation in einer Mitteilung. Als besonders gefährdet bezeichnete sie Morris, den TV-Journalisten Coronell und Carlos Lozano, Direktor der kommunistischen Wochenzeitung „Voz“.

Morris packt weiter den Koffer, seine Stimme verrät Wut. „Uribes ‚demokratische Sicherheit‘ ist weder sicher noch demokratisch. Denn der Präsident hat die grundlegende Basis jeglicher Demokratie infrage gestellt, und das ist der Respekt vor der abweichenden Meinung und der Respekt vor der Presse.“

Auf dem Parkplatz warten Bodyguards und das gepanzerte Auto auf die Fahrt zum Flughafen. Keine 24 Stunden war der Journalist diesmal in Kolumbien. „Das ist der Teil der demokratischen Sicherheit, der meine Familie und mich betrifft“, sagt der Journalist – und fügt hinzu: „Irgendjemand wird dafür büßen müssen.“ ■

Brüderlich geeint

Die Medienlandschaft Ost – 20 Jahre nach dem Fall der Mauer / Von Ralf Siepmann

epd Ostberlin, 4. November 1989. Auf den Straßen der Innenstadt sind Hunderttausende unterwegs. Sie ziehen am Staatsratsgebäude und der Volkskammer vorbei zum Alexanderplatz. Dort findet eine der machtvollsten Kundgebungen der jungen Demokratiebewegung der DDR statt. Mehr als 20 Redner treten auf. Im Fokus: die Forderung nach den in der Verfassung formal verankerten, jedoch in der Verfassungswirklichkeit nie geltenden Grundrechten auf Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit. Ein Volk sagt sich von einem Mediensystem los, das bis in die letzten Tage des abgewirtschafteten Staates als Propagandaapparat des SED-Regimes agiert und agitiert hatte. „Schaffen wir eine demokratische Gesellschaft auf einer gesetzlichen Grundlage, die einklagbar ist“, verlangt einer der Wortführer, der Schriftsteller Christoph Hein. Fünf Tage später fällt die Mauer, bricht das gesamte System zusammen.

Der Schlussstrich unter die Instrumentalisierung von Rundfunk und Presse im Sinne der Propaganda Lenins, den der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung verlangte, war massiv und endgültig. Jahrelanger Umgang mit den grenzüberschreitenden elektronischen Medien aus dem Westen (ARD, ZDF, Deutschlandfunk, RIAS) hatte die Abwendung von der SED-Indoktrination mitbefördert. „Die Demonstranten waren nicht länger bereit, sich entmündigen zu lassen“, beschrieb Irene Charlotte Streul (Bundesarchiv Koblenz) Jahre später die Entschlossenheit der Menschen in der Endzeit des Regimes. Zarte Anzeichen einer neuen Zeit für die Medien hatte es schon in den Wochen vor dem 9. November gegeben. Exemplarisch hierfür waren Elf99, das am 1. September 1989 gestartete Jugendprogramm des DDR-Fernsehens, und DT 64, Jugendradio des DDR-Hörfunks, 1986 mit einer DDR-weiten UKW-Kette ausgestattet.

Die kecken Macher von Elf99 – manche mögen in ihnen Vorläufer des späteren TV-Magazins „Polylux“ vom RBB (inzwischen wegen Finanzproblemen wieder ein-

gestellt) sehen – hatten sich mit satirisch-kritischen Sendungen über das rote Establishment binnen kurzem landesweit einen Ruf erworben. Mit Sendungen gegen den Strich ließ das Jugendradio DT 64 aufhorchen. Beispielsweise mit Reportagen von den Leipziger Montagsdemonstrationen in der zweiten Oktoberhälfte.

Nicht zu vergessen die Zäsur, die das Aus am 30. Oktober für den „Schwarzen Kanal“ bedeutete. Ihn hatte Karl-Eduard von Schnitzler über fast vier Jahrzehnte als Speerspitze der antiwestlichen Propaganda im Staatsfernsehen moderiert und geprägt. Den Mauerbau am 13. August 1961 kommentierte Schnitzler so: „Die Falltür West-Berlin ist dicht gemacht worden. Die auf das Herz der DDR gerichtete Lanzen spitze ist umgebogen.“

Nicht nur die Zeit eines gnadenlosen Chefpropagandisten war abgelaufen. Der gesamte Staatsrundfunk der DDR, mit Fernsehen und Hörfunk ein zentralistisches System, war „unten durch“, im Osten wie im Westen am Ende gleichermaßen. Er hatte auch dann noch im Sinne der SED-Direktive agitiert, als vom 2. Mai 1989 an Tausende Ostdeutsche über die offene Grenze zwischen Ungarn und Österreich flüchteten. Die Staatsmedien brachten es fertig, die immer lauter werdenden Forderungen in der Bevölkerung nach Reformen aus der Berichterstattung auszublenden. Auch deswegen hatte der Hör- und Fernsehfunk der DDR mit seinen 15.000 Mitarbeitern nach dem Zusammenbruch keine Chance auf Fortführung seines Bestandes.

Am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Vereinigung, trat Artikel 36 des innerdeutschen Einigungsvertrages in Kraft. Er bestimmte die vorläufige Weiterführung von Hörfunk und Fernsehen der DDR in öffentlich-rechtlicher Verantwortung und seine Auflösung bis zum 31. Dezember 1991. Damit setzte das Ringen um eine demokratische Rundfunkstruktur im Osten Deutschlands ein. Das hatte sich die Opposition am 4. November 1989 zwar gewünscht, aber so, wie

es dann kam, dürfte sie es sich nicht vorgestellt haben. Es war der Beginn eines beispiellosen Neuordnungsprozesses in der Geschichte des Rundfunks in Deutschland, aufgeladen von politischen Kontroversen, geprägt von „Abwicklungen“ und Umstrukturierungen, von Neugründungen und insgesamt 10.000 Entlassungen, darunter von vielen politisch Belasteten.

Der Aufbau eines auf demokratischen und föderalen Prinzipien fußenden Rundfunks – speziell des Fernsehens – in den neuen Bundesländern wird 20 Jahre danach von Verantwortlichen dieses Prozesses überwiegend positiv, wenn auch nicht ohne Dissens bilanziert. „Die Integration des Rundfunks der DDR in das System der ‚alten‘ Bundesrepublik“, sagt Hansjürgen Rosenbauer, Intendant des ORB von der Gründung des Senders 1991 bis zu dessen Fusion 2003 mit dem SFB zum heutigen RBB, „ist weitgehend gelungen.“ Der MDR sei eine gut funktionierende und anerkannte ARD-Anstalt und programmlich der eigentliche ‚Ostsender‘. „Mecklenburg-Vorpommern fühle sich im großen NDR-Verbund nach seinem Eindruck gut vertreten. Die Region Berlin-Brandenburg nennt Rosenbauer einen Sonderfall: „Ost und West, Hauptstadt und Frontstadt, Metropole und ländlicher Raum“.

Glücksfall Drei-Länder-Anstalt

MDR-Fernsehdirektor Wolfgang Vietze, einst beim Deutschen Fernsehfunk (DFF) tätig, hält die Drei-Länder-Anstalt für einen „Glücksfall“. Diese Konstellation sei dem Modell „ein Land – ein Sender“ unbedingt vorzuziehen gewesen. Andernfalls hätten wohl zwei Jahrzehnte später nicht nur der RBB und (demnächst) der MDR Finanzprobleme.

Was Kurt Biedenkopf, damals Ministerpräsident Sachsens, relativ reibungslos im Januar 1991 zusammen mit den übrigen CDU-Länderchefs im Süden zuwege brachte, verlief im Nordosten und in Berlin erheblich schwieriger. Lange Zeit wurde auch hier über das Modell einer Mehrländeranstalt diskutiert, die zunächst NOR, später NORA genannt wurde. Matthias Gehler, der an der Neuordnung als Berater des Rundfunkbeauftragten für die neuen Länder beteiligt war, bedauert das heutige Splitting der Strukturen. Gehler war bis 1987 Abteilungsleiter für Jugendarbeit im kirchlichen Bereich, danach Journalist bei der „Neuen Zeit“ und Regierungssprecher der ersten und einzigen frei gewählten DDR-Regierung. Seit 1991 ist er stellvertretender Direktor des MDR Landesfunkhauses Thüringen.

„Das Modell NORA hätte von Anfang mithelfen können, eine weitere starke ostdeutsche Anstalt neben dem MDR zu etablieren“, sagt Gehler. Allerdings wäre der ARD womöglich manches entgangen, was die Vorgän-

geranstalten des RBB, ORB und SFB, an Neuerungen auf die Beine stellten. So entwickelten die Potsdamer und Berliner im Hörfunk mit der Jugendwelle Fritz, Radio Eins und dem Inforadio innovative Programme, die den Prozess der Annäherung zwischen den unterschiedlichen Regionen des Sendegebietes förderten. Die TV-Filmreihe „Ostwind“ (gemeinsam mit dem ZDF) und die preisgekrönte „Chronik der Wende“ sind als einflussvolle Widerspiegelung des Wendeprozesses bis heute anerkannt.

Neues musste geschaffen werden

Gerd Schneider, Direktor des NDR Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern von der Gründung bis zur Pensionierung 2007, widerspricht Gehler: „Es ist ein Irrtum, dass mit NORA eine finanziell starke Anstalt entstanden wäre. Aber nicht nur deshalb habe ich von dieser Idee nichts gehalten. NORA wäre ein Berlin-zentrierter Sender geworden. Und das hatte man schon einmal.“ Die strukturellen Voraussetzungen für die föderale Neuordnung des Rundfunks der DDR waren übrigens nicht einheitlich. Beim Hörfunk existierten in allen DDR-Bezirken Regionalstudios. Damit war der Kern der heutigen Landesstudios schon vorhanden. Beim Fernsehen hingegen musste durchweg Neues geschaffen werden. Letztlich sind auf dem Boden der fünf neuen Länder drei sehr unterschiedliche Konstellationen entstanden:

- das Koordinationsmodell einer Drei-Länder-Anstalt (MDR), bei dem alte und neue Strukturen im Osten Deutschlands letztlich addiert wurden
- das - gestuft entwickelte - Fusionsmodell (RBB) mit spezifischen Ost- und Westanteilen
- das Integrationsmodell in Nordost durch den Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zum NDR-Staatsvertrag.

Integration, sagt NDR-Intendant Lutz Marmor, dezidiert Verfechter der Weichenstellung von 1991/92, sei das entscheidende Stichwort: „Im Norden hat sich die starke landsmannschaftliche Verbundenheit durchgesetzt. Norddeutschland ist eine gewachsene Kulturlandschaft, und Mecklenburg-Vorpommern gehört dazu.“ Die gemeinsame Tradition und das norddeutsche Lebensgefühl seien stärker gewesen als „die Prägung durch Abgrenzung in vier Jahrzehnten DDR“.

Abgesehen vom Sonderfall Berlin-Brandenburg und völlig anders als beim Aufbau eines gesamtdeutschen Zeitungsmarktes ist der NDR der vier Staatsvertragsländer die einzige neue Konstellation, bei der auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze gesendet wird. Marmor erkennt darin einen spezifischen Beitrag zum Zusammenwach-

sen von Ost und West, „den es im Rundfunk so an keiner anderen Stelle gegeben hat“. In den gemeinsamen Programmen für den ganzen Norden hätten die Menschen in den zurückliegenden 18 Jahren viel Neues übereinander erfahren. „Sie konnten im Dialog miteinander ihren Horizont erweitern“, stellt der Intendant heraus.

Ein „Glücksfall“ ist in heutiger Sicht die NDR-Konstruktion insbesondere finanziell. „Solide und zukunftsfähig“ stehe der Vier-Länder-NDR da, betont Marmor, der nicht zuletzt aus persönlichen Erfahrungen nach der Wende schöpfen kann (ORB-Verwaltungsdirektor 1991–1995) Dort, wo andere rundfunkpolitische Modelle greifen, sei immer wieder der Ruf nach wirtschaftlicher Entlastung zu vernehmen. „Wir hingegen“, stellt er heraus, „leisten mit einer Struktur ungleich großer Länder einen Finanzausgleich in uns selbst und werden noch dazu immer wieder gefragt, ob wir im Sinne der ARD-Solidarität noch mehr leisten können.“ Allerdings seien dem NDR da Grenzen gesetzt.

Innovationssender DT 64

Unter den neuen Anstalten in den neuen Ländern ist der MDR bei den Zuschauern regional wohl am stärksten verankert. Sind doch die Marktanteile des MDR Fernsehens im Sendegebiet deutlich höher als die aller anderen Dritten in ihren Sendegebieten. Die „Synthese aus traditionellem und neuem Angebot“ (Gehler), mit reichlich DFF-Archivmaterial also, Volksmusik mit Uta Bresan und der Serie „Kripo live“ findet ihr Publikum – und reichlich Kritiker. Im Westen sei dieser Erfolg mit Vorwürfen wie „Butzenscheiben-Idylle“ und „Ostalgie“ immer wieder madig gemacht worden, hat sich MDR-Intendant Udo Reiter, seit 18 Jahren im Amt, häufig öffentlich geärgert.

Gegen die Abwertung als „Dudelsender“ verwahrt sich auch Vietze entschieden. Er verweist zum Gegenbeweis exemplarisch auf das Kulturmagazin „Artour“ und die hohen Reichweiten der Regionalsendungen des MDR Fernsehens. Auch Schneider und Marmor führen die Akzeptanz von Erfolgsmarken wie NDR 1 Radio MV und „Nordmagazin“ bei Hörern und Zuschauern als ein starkes Argument für die gelungene Integration an. Im ersten Halbjahr 2009 erreichte das TV-Regionalmagazin für Mecklenburg-Vorpommern einen Marktanteil von 30,4 Prozent (Montag bis Sonntag). Marmor stolz: „Damit ist das ‚Nordmagazin‘ das mit Abstand beliebteste Fernseh-Regionalmagazin in ganz Deutschland.“

Beim MDR ist letztlich nach einer fernsehspielreifen Odyssee DT 64 gelandet, dort seit 1993 unter dem Namen MDR Sputnik on air. Bis heute ist das Ju-

gendradio, das einst Zehntausende Hörer im Kampf für den Erhalt zu mobilisieren verstand, nur in Teilen von Sachsen-Anhalt auf UKW präsent. Die gegen erbitterte Widerstände durchgesetzte Integration in die Ost-Anstalt erweist sich heute als kluge Weichenstellung. Wegen der Frequenzknappheit experimentierte das Team schon früh mit Audiostreams im Web. „Heute sind wir das Multimedia-Projekt des MDR mit Laborcharakter“, sagt Eric Markuse, Sputnik-Chef seit Juni 2006. Ein aus den Wendewirren herübergerettetes Radio wird zum Innovationssender, von dem eine ganze Anstalt profitiert – eine überzeugende Fußnote in der Geschichte der deutschen Medienwende.

Mehr als eine Fußnote der innerdeutschen Medien-transformation vollzog sich unter dem Vorzeichen der Bundeskompetenz. Der 1989 zum Intendanten der Deutschen Welle (DW) gewählte Dieter Weirich erkannte die Chancen der Wende früh. Ihm gelang es, das junge RIAS TV (Sendestart 22. August 1988) in den Auslandsrundfunk zu integrieren und zum deutschen Auslandsfernsehen auf- und auszubauen.

Kein Duopol

DW-TV sendet seit Frühjahr 1992 und nahm damit ein Stück Globalisierung vorweg. Die mediale Außen-darstellung der Bundesrepublik hat seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einen exponierten Stellenwert. ARD und ZDF hatten zuvor die Strategie verfochten, RIAS TV als gemeinsames Frühstückfernsehen weiterzuführen.

Nicht lange währten die Träume des Intendanten des DDR-Auslandssenders Radio Berlin International (RBI), Klaus Fischer. Mit Unterstützung des Bundes machte Weirich ihm klar, dass nicht an eine Art Duopol – ein Auslandsradio in Köln, ein zweites in Berlin – zu denken sei. Man fand sich 1990 auf rheinische Art. Der Schwabe Weirich lud den Preußen Fischer zum Karneval nach Köln ein und berichtet heute: „In einer durchzechten Nacht in Sülz haben wir ihm die neue Lage schonend beigebracht.“

Wenige Monate nach dem Fall der Mauer diskutierten in Hamm der Verleger des „Westfälischen Anzeigers“, Dirk Ippen, und leitende Verlags- und Redaktionsmitarbeiter Tage und Nächte die Chancen und Risiken einer Expansion in Richtung Osten. Den Anstoß hatte die Stadt Hamm geliefert, die auf der Suche nach einer Partnerkommune im brandenburgischen Oranienburg fündig geworden war. Ippen, gebürtiger Brandenburger, wagte das Engagement: die Neugründung von zwei Tageszeitungen, eine im Fontane-Land, eine in der Altmark. Eine Millionen-Investition. In der Stunde Null dieses Neuanfangs, erinnert man sich heute noch im Stammhaus der Ippen Gruppe (mittlerweile 22 Zei-

tungstitel), rollten nachts die mit Equipment für das Zeitungsmachen vollgeladenen Lastwagen vom Hof des Betriebs in Hamm. Aus den Containern des Neubeginns wurde ein modernes Zeitungshaus samt Druckerei in Oranienburg.

Direkt nach dem Fall der Mauer gab es im Osten zahlreiche Presseneugründungen, einige genuine aus eigener Kraft, die meisten jedoch mit Unterstützung und Beteiligung kleinerer und mittlerer Zeitungsverlage aus dem Westen Deutschlands. Die neue Blütezeit war jedoch meist kurz. Von den Neugründungen haben sich nur wenige gehalten, unter anderem die Ippen-Projekte: der „Oranienburger General-Anzeiger“ (Auflage 28.000 Exemplare) in Brandenburg mit drei Ausgaben und die „Altmark-Zeitung“ (Auflage 22.000 Exemplare) in Salzwedel/Sachsen-Anhalt mit fünf Ausgaben. Diese ist auch ein Integrationsmodell: Die Redaktion arbeitet im Verbund mit den Ippen-Blättern „Allgemeine Zeitung Uelzen“ und „Ipsenhagener Kreisblatt“ in Wittingen (beide Niedersachsen).

Es gab wenige Pioniere vom Schlage Ippens. Der Neuaufbau der Presse in den neuen Ländern sollte einem anderen, groberen Schnittmuster folgen. Die DDR war bis zu ihrem Ende ein Zeitungsland. Annähernd zehn Millionen Exemplare erreichte allein die Auflage der 39 Tageszeitungen. Je 1000 Einwohner wurden 550 Exemplare registriert – damals weit über der Zeitungsdichte im Westen Deutschlands (430 je Tausend). Die Zeitungen waren staatlich subventioniert, die Preise für Kauf oder Abonnement sehr niedrig.

Selbstbewusste Zeitungshäuser

In jedem der 15 Bezirke (inklusive Ost-Berlin) erschien eine Tageszeitung ohne Konkurrenz. Von den Titeln der Regionalpresse wurden bis zu 600.000 Exemplare gedruckt. Der SED war eine flächendeckende Verbreitung der von ihr gelenkten regionalen Blätter äußerst wichtig. Galt die Presse doch den Bezirksleitungen als das scharfe Schwert im Kampf um die ideologische Vormachtstellung. Die übrigen 14 regionalen Titel wurden von den weiteren Blockparteien herausgegeben – je fünf von CDU und NDPD, vier von der LPDP. Sie hatten jedoch nur eine lückenhafte Verbreitung und an der Gesamtauflage aller Tageszeitungen einen Anteil von fünf Prozent.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer prägen die Strukturen von einst – eine Monopolzeitung je Verbreitungsgebiet – immer noch die Zeitungslandschaft in den neuen Bundesländern. Sonst ist zwischen Greifswald und Görlitz nichts mehr wie einst. Eine moderne Zeitungslandschaft hat sich etabliert. Von „selbstbewussten Zeitungshäusern im Osten Deutschlands“ spricht Thomas

Düffert, Geschäftsführer des Verlags der „Sächsischen Zeitung“ (Dresden).

Die Umwandlung der DDR-Presse in eine freiheitliche westliche Presse begann mit einem Sündenfall. Gemäß Einigungsvertrag war es Aufgabe der Treuhand, die SED-Bezirkszeitungen zu privatisieren und in Wettbewerbsstrukturen zu überführen. Tatsächlich bot sie die Verlagshäuser mitsamt den Druckereien und Immobilien en bloc zum Verkauf an – ohne Versuch der Entflechtung. Lediglich die großen Verlage des Westens (Bauer, Gruner + Jahr, Holtzbrinck, Madsack, Springer, WAZ-Gruppe und weitere) konnten die Übernahme finanzieren. Allein sie waren potent genug, in die maroden Hinterlassenschaften der DDR-Presse zu investieren.

Lokale Monopole

Spätestens mit dem Verkauf von zehn ehemaligen Bezirkszeitungen durch die Treuhand auf einen Schlag am 15. April 1991 waren Probleme der lokalen Meinungsvielfalt programmiert. Mit Ausnahme weniger Räume wie etwa in Dresden sind heute lokale Monopole vorherrschend. Heute geben Kooperationen in Mecklenburg-Vorpommern, bald wohl im gesamten Nordosten den Takt vor. Die Spielräume für lokale Qualität – die Domäne der Regionalzeitungen – werden enger. Die Politiker scheinen machtlos (epd 15/08). Der Zwang, sich mit den lokalen und regionalen tonangebenden Presseunternehmen zu arrangieren, wird größer.

In einem Zeitungsinterview hat Verleger Dirk Ippen 2001 die problematische Weichenstellung der Treuhand eingeräumt. Es wäre für die Zeitungslandschaft Ost besser gewesen, so seine Sichtweise, wenn die einst für die großen Bezirke konzipierten Zeitungen in kleinere Einheiten zerteilt worden wären. Ippen: „Dann wären noch mehr Verlage in den neuen Ländern entstanden. Der Raum Dessau im ehemaligen Bezirk Halle zum Beispiel wäre groß genug gewesen für eine eigene Zeitung.“

Zwei Jahrzehnte nach der Wende geht es für die Blätter vor allem in den strukturschwächeren neuen Ländern mittelfristig um die Existenz. Die Negativtrends der Branche – Auflagenrückgänge, sinkendes Anzeigenaufkommen aufgrund unzureichender Wirtschaftskraft sowie der Strukturwandel der Mediennutzung durch das Internet – greifen im Osten deutlich schneller als in den alten Ländern. Der Bevölkerungsrückgang verschärft die Entwicklung.

Ist das Pochen auf lokale und regionale Meinungsvielfalt im Osten bald eine Luxusfrage? Schneider möchte

die Verleger nicht aus ihrer Verantwortung entlassen sehen: „Die Zeitungen stecken in einem dramatischen Veränderungsprozess, der von wirtschaftlichen Faktoren, aber auch Rendite getrieben ist. Das ist schädlich für die Demokratie, für den gesamtgesellschaftlichen Prozess.“ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann aber seiner Ansicht nach Print nicht ersetzen. Verleger seien gefordert, die Vielfalt zu bewahren. Weniger dramatisch sieht Sergej Lochthofen, seit 1990 Chefredakteur der „Thüringer Allgemeine“ (bis zur Wende „Das Volk“), die Lage der Presse in den wirtschaftlich besser gestellten Gebieten in den südlichen neuen Ländern. Er tritt für wirtschaftlich tragfähige Zeitungshäuser ein: „Strukturen müssen nicht nur existieren, sondern lebensfähig sein. Und da ist der Osten besser aufgestellt.“

Positives Kapitel

Unter dem Diktat der SED waren die Redaktionen politisch gleichgeschaltet. Der Transformationsprozess von der roten Indoktrinierung hin zu den Standards eines demokratischen Journalismus gehört ohne Zweifel zu den positiven Kapiteln der deutschen Medienwende. Zumal diese von und mit vielen - mehr oder weniger SED-nah - in den Zeitungen geschrieben wurden, die auch vor 1989 in den Redaktionen saßen. Für Claus Detjen, Verleger des „Haller Tagblatts“ in Schwäbisch-Hall, 1991-1998 Herausgeber der „Märkischen Oderzeitung“ in Frankfurt an der Oder, war die kollektive Instrumentalisierung der „Köpfe“ das deprimierendste Erlebnis seiner Zeit in Brandenburg. Es sei bestürzend gewesen, sagt Detjen, „zu sehen, wie es den Kommunisten gelungen war, die Idee der Pluralität und den Respekt vor dem Eigentum gänzlich auszulöschen“.

Gemessen hieran ist der Bewusstseinswandel weg von der Indoktrinierung hin zu den Standards eines unabhängigen, an Leserinteressen orientierten Journalismus das stärkste Indiz für eine letztlich positive Bilanz. Bisweilen, sagt Thomas Schunck, bis vor kurzem Chefredakteur im Zeitungsverlag Schwerin, müsse jedoch auch heute noch an die Bereitschaft von Redakteuren appelliert werden, Ereignisse zu kommentieren.

Für Lochthofen ist der Mentalitätswechsel der Journalisten im Osten dagegen zweifelsfrei. Mehr noch: „Die Redaktionen hier sind heute offener, nicht so biotopverhaftet wie viele im Westen.“ Auch beim NDR hat Marmor eine „besonders stark ausgeprägte Reformfähigkeit“ im Landesstudio Mecklenburg-Vorpommern

ausgemacht: „Das hängt eng zusammen mit den Biografien vieler, die dort tätig sind. Wer einen so grundlegenden Wandel wie die Wende miterlebt, zum Teil mitgestaltet und am Ende gemeistert hat, den kann so leicht nichts mehr erschüttern, der hat keine Angst vor Veränderungen.“ Vor trimedialem Arbeiten zum Beispiel, wie der Intendant verdeutlicht.

Gibt es in der Lausitz, im Thüringer Wald oder an der Havel nach wie vor eine spezifische Identität? Wenn es sie gibt, so speist sie sich nicht aus einem rückwärts gewandten Denken, meint Gehler. „In den neuen Ländern beschäftigen die Menschen Probleme, die immer noch anders sind als im Westen“, gibt er zu bedenken. Medien müssten hierauf eingehen, etwa mit Servicesendungen, wie dies insbesondere der MDR seit Gründung vormache.

Neues Selbstbewusstsein

Ein Beweis für diese These hält sich auch schon bald zwei Jahrzehnte. Ist der MDR der klassische „Ostsender“, so ist die „Superillu“ aus dem Verlagshaus Burda die klassische Ostillustrierte. Am 23. August 1990 erschien in Ostberlin die erste Ausgabe. Die verkaufte Auflage lag zuletzt bei 437.028 Exemplaren, laut Media-Analyse werden rund 3,5 Millionen Leser erreicht. Nach den MA-Werten für das zweite Quartal 2009 liegt die Illustrierte mit einem Fokus auf Promis, Klatsch, Sex und Ost-Themen heute laut Burda mit einer Reichweite von 22,3 Prozent in Ostdeutschland (5,4 Prozent in ganz Deutschland) vor allen anderen Kaufzeitschriften und Tageszeitungen in den neuen Ländern.

Chefredakteur ist von Beginn an Jochen Wolff. In seinen Editorials beschwört er das neue Selbstbewusstsein im Osten. So in der Ausgabe 32/09 die „Dynamik“, die das Thema der deutschen Einheit durch Urlaub auf Rügen, Fischland und Usedom erfahren habe: „Der Westen hat die Ostsee, die Badewanne der Ostdeutschen, entdeckt.“ - „Wolffs Revier“ ist im Online-Auftritt des Blattes die Beantwortung von Leserfragen per Video. In der aktuellen Folge 23 geht es um den Publikumspreis „Goldene Henne“. Er zeichnet ostdeutsche Publikumsfavoriten aus und wird am 30. September im Berliner Friedrichstadtpalast zusammen mit MDR und RBB zum 15. Mal verliehen. Auch dies ist ein Beispiel für die neue Kultur eigenständiger Medien im Osten Deutschlands, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer. ■

■ INLAND

Verfassungsgericht äußert Zweifel an Haftung für Presseschauen**„Wahrheitspflicht“ nicht überspannen – Jedoch keine endgültige Entscheidung**

Karlsruhe (epd). Das Bundesverfassungsgericht bezweifelt, dass Presseunternehmen grundsätzlich für Zitate aus anderen Medien haften, die in einer Presseschau zusammengestellt werden. In einem Beschluss vom 25. Juli sei zwar die Verfassungsbeschwerde einer Wirtschaftszeitschrift nicht zur Entscheidung angenommen worden, teilte das Gericht am 11. August mit. Das liege daran, dass die Zeitschrift durch Auslassung wesentlicher Tatsachen den Sinngehalt des zitierten Beitrags verfälscht habe. Die Annahme aber, dass eine Presseschau automatisch zu „uneingeschränkter Verbreiterhaftung“ führe, begegne verfassungsrechtlichen Bedenken. (AZ: 1 BvR 134/03)

Im zugrundeliegenden Fall hatten das Landgericht Hamburg und das Hanseatische Oberlandesgericht die Zeitschrift zur Unterlassung verurteilt. Auch einen Schadenersatzanspruch des Klägers bejahten sie im Grundsatz. Streitpunkt war ein Zitat aus einer Tageszeitung, das die Wirtschaftszeitschrift in ihrer Rubrik „Meinungen – Presseschau – Nachrichten“ veröffentlicht hatte. Darin ging es um ein Ermittlungsverfahren gegen den Kläger, dem verbotene Insidergeschäfte und Betrug vorgeworfen wurden. Das Verfahren wurde später eingestellt. Der Kläger sah in der verkürzten Zitierung die Tatsachenbehauptung, er sei an den Taten beteiligt gewesen.

Durch die „grobe Verletzung“ der presserechtlichen Sorgfaltspflichten seien die Entscheidungen der beiden Gerichte gegen die Zeitschrift im Ergebnis nicht zu beanstanden, führte das Verfassungsgericht aus. Zugleich übten die Karlsruher Richter deutliche Kritik an bestimmten Annahmen der Hamburger Gerichte. Bei der Wiedergabe fremder Äußerungen dürfe die „Wahrheitspflicht“ nicht überspannt werden, um den grundgesetzlich geschützten Kommunikationsprozess „nicht einzuschnüren“, hieß es.

Eine Presseschau stelle ein „klassisches Instrument“ der Berichterstattung dar, um den Lesern einen Überblick über das in der Presse vertretene Meinungsspektrum zu einem aktuellen Thema zu vermitteln. Die Presse nehme auf diese Weise ihre Aufgabe wahr, in Ausübung der Meinungsfreiheit die Öffentlichkeit zu informieren und an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken, so das Bundesverfassungsgericht.

Bereits aus der äußeren Form einer Presseschau ergebe sich aus Sicht des unvoreingenommenen Lesers, dass an dieser Stelle ein Fremdbereich in stark verkürzter Form wiedergegeben werde, dem keine eigenen Recherchen des Verbreiters zugrunde lägen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht sei daher zumindest zweifelhaft, ob im Fall einer Presseschau den Verbreiter die Recherchepflicht uneingeschränkt treffe oder ob nicht die eindeutige Kennzeichnung als gekürzter Fremdbereich im Regelfall als „hinreichende Distanzierung“ anzusehen sei. *rid*

Springer-Enkel im Erbschaftsstreit endgültig gescheitert**BGH verwirft Nichtzulassungsbeschwerde – Friede Springer behält Anteile**

Karlsruhe (epd). Der Enkel des 1985 verstorbenen Verlegers Axel Caesar Springer ist nach einem siebenjährigen Rechtsstreit endgültig mit dem Versuch gescheitert, die Erbaufteilung anzufechten. Der Bundesgerichtshof (BGH) wies in einem jetzt bekanntgewordenen Beschluss eine Beschwerde von Axel Sven Springer gegen ein Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts aus dem Jahr 2008 ab (AZ: IV ZR 29/08). Demnach sind der Verlegerwitwe Friede Springer 70 Prozent der Konzernanteile ihres Mannes wirksam übertragen worden. Axel Sven Springer hatte eine „arglistige Täuschung“ bei der Testamentsvollstreckung gesehen.

In dem Prozess ging es um den letzten Willen des im September 1985 verstorbenen Firmengründers. Axel Springer, der damals ein Viertel der Konzernanteile besaß, hatte 1983 testamentarisch verfügt, dass seine Ehefrau Friede 50 Prozent, Tochter Barbara und Enkel Axel Sven je 25 Prozent erhalten sollten. Nach seinem Tod im September 1985 eröffnete der Testamentsvollstrecker Bernhard Servatius der Erbengemeinschaft, der Verleger habe kurz vor seinem Tod in einem Sechs-Augen-Gespräch mit Servatius und Friede Springer gesagt, seine Frau solle 70 Prozent der Anteile erhalten. Seine Kinder Barbara und Nikolaus sollten je zehn Prozent, die Enkel Axel Sven und Ariane je fünf Prozent erhalten.

In einer notariellen Vereinbarung vom Oktober 1985 hatten sich alle Betroffenen mit dieser Regelung einverstanden erklärt, auch der damals 19-jährige Axel Sven. Er klagte allerdings im Sommer 2002 gegen die Vereinbarung und argumentierte, er sei getäuscht worden. Friede Springer klagte im Gegenzug auf Feststellung, dass ihr die Anteile wirksam übertragen worden seien. Sowohl beim Landgericht Hamburg als auch

beim Oberlandesgericht hatte die Verlegerwitwe Erfolg. Das Oberlandesgericht ließ in seinem Urteil vom Januar 2008 keine Revision beim BGH zu (epd 7/08).

Gegen die Nichtzulassung der Revision legte Axel Sven Springer Beschwerde beim BGH ein. Die Karlsruher Richter entschieden jedoch am 15. Juli, es sei nicht erkennbar, dass der Fall grundsätzliche Bedeutung habe oder dass zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung ein BGH-Urteil erforderlich sei. Auch die erhobenen Rügen zu Verfahrensgrundrechten habe der IV. Zivilsenat geprüft, aber für „nicht durchgreifend“ erachtet.

Die börsennotierte Axel Springer AG („Bild“, „Welt“) gehört heute zu 51,5 Prozent der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik. In dieser Familienholding hält Friede Springer 90 Prozent der Anteile, die Enkel Axel Sven und Ariane je fünf Prozent. Friede Springer ist zudem mit sieben Prozent direkt am Berliner Verlagshaus beteiligt, damit ist sie Mehrheitsaktionärin des Konzerns. *rid*

ProSiebenSat.1 Group will noch mehr sparen

Sparziel von 100 Millionen Euro schon deutlich übertroffen

München (epd). **Die ProSiebenSat.1 Group will im laufenden Jahr mehr Geld einsparen als ursprünglich angekündigt. Im Idealfall seien bis zu 200 Millionen Euro Einsparung möglich, sagte Axel Salzmann, Finanzvorstand der Gruppe, am 6. August bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen des Konzerns. Der Umsatz sank im ersten Halbjahr auf 1,32 Milliarden Euro und lag damit um 8,9 Prozent (129 Millionen Euro) unter dem Wert des ersten Halbjahrs 2008.**

Die ProSiebenSat.1 Group hatte im März angekündigt, sie wolle ihre operativen Kosten in diesem Jahr um 100 Millionen Euro senken. Dieses Ziel wurde bereits im ersten Halbjahr mit einer Reduzierung um 143,6 Mio. Euro deutlich übertroffen. Nach Angaben des Konzerns trugen neben der Senkung der Programmkosten konzernweite Effizienzsteigerungsmaßnahmen zu dieser Kostensenkung bei. Unter anderem hat die Senderfamilie den Standort Berlin (mit Ausnahme von N24 und der Produktionsfirma maz&more) geschlossen, der Sender Sat.1 zog nach München um. Der Umzug war Ende Juni abgeschlossen, nur 32 der insgesamt 222 Sat.1-Mitarbeiter zogen mit nach Unterföhring, wo die Aktivitäten der ProSiebenSat.1-Group gebündelt wurden (epd 17/09).

Während der Umsatz zurückging, verbesserte sich das um Sondereinflüsse bereinigte Ergebnis vor Zinsen und Abschreibungen um 4,9 Prozent auf 295 Mio. Euro. Diese Ergebnisse zeigten, dass der Konzern mit seinen Maßnahmen „rechtzeitig und angemessen auf das schwierige wirtschaftliche Umfeld reagiert“ habe, sagte der Vorstandsvorsitzende der ProSiebenSat.1 Group, Thomas Ebeling. Auch aus strategischer Sicht sei die Bündelung der TV- und Vermarktungsaktivitäten in München ein wichtiger Schritt gewesen. So könne der Konzern besser auf die Anforderungen der Werbekunden reagieren.

Die deutschen Sender der ProSiebenSat.1-Group konnten zwar nach Angaben des Konzerns im zweiten Quartal ihren Marktanteil um 0,8 Prozentpunkte auf 29,7 Prozent steigern, die Werbeeinnahmen gingen jedoch deutlich zurück. Der Umsatz der Sender Sat.1, ProSieben, Kabel1 und N24 lag mit 424,6 Mio. Euro um 6,1 Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals. Im Segment Free TV International gingen die Umsätze um 13,9 Prozent (29,8 Mio. Euro) zurück.

Das Finanzergebnis betrug nach Angaben des Konzerns im zweiten Quartal 2009 minus 62,5 Mio. Euro und lag damit leicht über dem des Vorjahresquartals (minus 64,3 Mio. Euro).

Die durch die Übernahme der europäischen SBS-Gruppe im Juli 2007 entstandene Verschuldung betrug zum 30. Juni 3,43 Milliarden Euro, das waren 7,1 Prozent weniger als am 30. Juni des Vorjahres.

Ebeling sagte, das Umfeld bleibe auch in der zweiten Jahreshälfte schwierig. Vor allem das vierte Quartal werde ausschlaggebend sein. Er sicherte zu, der Konzern werde weiterhin „angemessen in Programme“ investieren, um seine Wettbewerbsposition im Zuschauermarkt zu stärken. *dir*

Verbraucherzentrale mahnt Sky wegen Geschäftsbedingungen ab

Klauseln zu Paketen und Preisen kritisiert – Frist bis Ende August

Berlin/Frankfurt a.M. (epd). **Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat den Bezahlfernseher Sky wegen fragwürdiger Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen abgemahnt.**

Sky habe aber eine „umfassende Prüfung“ zugesagt, sagte Martin Madej vom Referat Rechtsdurchsetzung der Verbraucherzentrale am 10. August dem epd. Des-

wegen habe man die Frist zur Stellungnahme für den Sender bis Ende August verlängert. „Danach werden wir die Argumente von Sky prüfen und das weitere Verfahren beraten“, so Madej.

Im Jahr 2007 hatte die sich die Verbraucherzentrale vor dem Bundesgerichtshof (BGH) gegen den Sky-Vorgänger Premiere durchgesetzt. Nach Ansicht der Karlsruher Richter waren mehrere von Premiere verwendete Klauseln unwirksam (epd 91/07). Laut Urteil durfte Premiere nicht mehr während eines laufenden Vertrags die Zusammensetzung der abonnierten Programm-Pakete „zum Vorteil der Abonnenten“ eigenmächtig ändern. Auch eine Preiserhöhung mit der Begründung, die Kosten für die Bereitstellung des Programms hätten sich erhöht, sei unzulässig. Eine Änderung des Programmangebots war laut BGH ebenfalls kein ausreichender Grund für eine Preisanpassung.

Die Verbraucherzentrale kritisiert nun, dass nach der Umbenennung von Premiere in Sky, die mit einer neuen Paket- und Preisstruktur einherging (epd 42-43/09), erneut einige unwirksame Bestimmungen aufgesetzt worden seien. „Zwar sind nicht wortgleich die alten Klauseln aufgetaucht, aber einige Klauseln sind inhaltsgleich wieder in die Geschäftsbedingungen aufgenommen worden“, sagte Madej. Diese Bestimmungen beziehen sich nach Angaben der Verbraucherschützer wieder auf mögliche Änderungen bei Paketen und Preisen. Von Sky war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine Stellungnahme zu erhalten. Nach dem BGH-Urteil im Jahr 2007 hatte Premiere erklärt, die beanstandeten Klauseln seien ohnehin nicht angewendet worden. Premiere habe Verträge während der Laufzeit nicht geändert. *rid*

■ Kurzmeldung

Düsseldorf (epd). Die **Filmstiftung NRW** lädt zur Diskussion über die Zukunft von Kultur-Radioprogrammen in Zeiten der Krise ein. Vom 25. bis 27. September findet nach Angaben der Filmstiftung NRW in Köln das **15. NRW Hörspielforum** mit Radiomachern, Medienkritikern und Politikern statt. Vorträge halten unter anderem der NRW-Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU), der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum und Wolfgang Hagen, Leiter der Hauptabteilung Kultur bei Deutschlandradio Kultur. Die Vorträge sind öffentlich. Das NRW Hörspielforum findet in Zusammenarbeit mit den **WDR Hörwelten** in den Räumen des WDR Funkhauses am Wallrafplatz in Köln statt.

DFL beantragt Lizenz für Fußball-Archivkanal

Seifert will „konsequente“ mediale Aufbereitung – ZAK und KEK prüfen

Frankfurt a.M. (epd). Die **Deutsche Fußball-Liga (DFL)** hat bei der **Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR)** eine Lizenz für einen **Archiv-Sender** beantragt.

Das Verfahren sei zurzeit bei der Zulassungskommission der Landesmedienanstalten und bei der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) in Bearbeitung, sagte LPR-Sprecherin Annette Schriefers am 11. August dem epd. Der Arbeitstitel für den Sender lautet „Sport Kanal“. Mit einer Entscheidung ist Mitte September zu rechnen.

DFL-Geschäftsführer Christian Seifert sagte der „Süddeutschen Zeitung“ (8. August), die DFL sei schon heute produktionstechnisch tätig und betreibe mit dem DFB das Projekt „Fußball-Archiv“. Vor diesem Hintergrund biete sich eine „konsequente mediale Aufbereitung“ an, für die man nun den „rundfunkrechtlichen Rahmen“ schaffen wolle. Für das Projekt mit dem DFB lasse die DFL zurzeit 40.000 Stunden TV-Material, das seit der Gründung der Bundesliga im Jahr 1963 zusammengekommen sei, digitalisieren. Die Gründung eines eigenen Senders sei „der nächste Schritt“, sagte Seifert.

Nach epd-Informationen steht noch nicht fest, ob und wann der neue Sender gestartet wird. Die Lizenzbeschaffung wird bei der DFL als „vorbeugende Maßnahme“ gesehen. Das gemeinsam mit dem DFB geplante Fußball-Archiv soll ein Angebot für Geschäftskunden werden, die Zugriff auf historische Bundesliga-Szenen haben wollen. Für dieses Projekt soll es Einigungen mit den Rechteinhabern geben, die jeweils die Übertragungen produziert haben. Bei der DFL wird betont, dass mit dem möglichen neuen Sportkanal auf keinen Fall eine Konkurrenz zu Angeboten aktueller oder früherer Rechteinhaber (wie Sky und ARD) geschaffen werden soll.

Das Basissignal für alle Spiele der ersten und zweiten Bundesliga, das von den Fernsehsendern übernommen wird, produziert die DFL seit 2006 selbst. Hierfür wurde die Tochterfirma Sportcast gegründet, die auch für internationale Verwerter der Bundesliga arbeitet. So werden pro Spieltag vier Live-Spiele weltweit angeboten, sowohl mit englischem als auch mit spanischem Kommentar. *rid*

Hombach begrüßt Pläne für Bezahl-Inhalte im Internet

WAZ-Geschäftsführer: „Wichtigste medienpolitische Initiative seit Jahrzehnten“

Essen (epd). WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach hat die Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden von Axel Springer, Mathias Döpfner, Bezahlinhalte einzuführen, begrüßt. Dies sei die „wichtigste medienpolitische Initiative seit Jahrzehnten“, teilte Hombach am 7. August mit. Er wünsche sich, dass die Verbände „die Diskussion darüber, wie Qualitätsjournalismus auch im Online-Bereich refinanziert und damit erhalten werden kann“, aufgreifen.

Döpfner hatte angekündigt, der Springer-Konzern wolle in Zukunft in einzelnen Bereichen „Schritt für Schritt“ online abrufbare Bezahlangebote einführen (epd 62/09). Als Beispiele nannte er besonders nutzwertige, exklusive oder spezialisierte Inhalte. Auch der Medienunternehmer Rupert Murdoch hatte kürzlich angekündigt, er habe vor, für die Nutzung aller Nachrichtenseiten seines Unternehmens im Internet in Zukunft Geld zu verlangen. Diese „medienpolitische Diskussion sei in Deutschland längst überfällig“, sagte Hombach.

Murdoch sagte am 7. August bei der Vorstellung der Jahreszahlen seines Unternehmens News Corp, er wolle noch in diesem Geschäftsjahr für Online-Inhalte Geld verlangen. „Qualitätsjournalismus ist nicht billig“, sagte Murdoch. Dem Medienunternehmer gehören mehrere Fernsehsender, unter anderem BSkyB und Fox und zahlreiche Zeitungen in Australien, Großbritannien und den USA, unter anderem die „Times“ und die „Sun“ in London sowie das „Wall Street Journal“. Der Unternehmer hält auch 40 Prozent am deutschen Bezahlender Sky.

Nach einem Bericht des „Guardian“ soll Murdochs „Sunday Times“ der Testballon für Bezahlinhalte im Internet werden. Unklar sei noch, ob ein Abonnementmodell eingeführt werde oder ob die Besucher für jeden Besuch bezahlen sollen. Nach Angaben des Guardian machte die „Sunday Times“, die die Verluste der „Times“ in den vergangenen Jahren ausgeglichen hatte, in diesem Jahr selbst Verluste. In England geht man davon aus, dass Murdoch durch seine öffentliche Ankündigung die Wettbewerber dazu bringen will, ebenfalls Bezahlinhalte anzubieten. *dir*

Kinderschutzbund fordert schnelle Umsetzung von Internetsperren

Gesetz nicht „auf die lange Bank“ schieben - Ministerium: Normales Verfahren

Frankfurt a.M. (epd). Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) hat die Bundesregierung aufgefordert, das neue Gesetz gegen Kinderpornografie im Internet schnell umzusetzen. Mit der überraschend vorgenommenen Weiterleitung des bereits verabschiedeten Gesetzes an die Europäische Kommission könne das Internetverbot wegen der bevorstehenden Bundestagswahl sogar noch scheitern, sagte DKSB-Geschäftsführerin Paula Honkanen-Schoberth der „Rheinpfalz am Sonntag“ (9. August).

Es sehe so aus, als solle das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornografie „auf die lange Bank“ geschoben werden, kritisierte Honkanen-Schoberth weiter. Sie sehe zudem die Gefahr, dass das Gesetz nach der Bundestagswahl völlig neu ins parlamentarische Verfahren eingebracht werden müsse: „Damit steht die längst überfällige Sperre gegen Kinderpornografie im Internet wieder in den Sternen.“

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte am 5. August einem Zeitungsbericht widersprochen, wonach das Gesetz für Internetsperren gegen Kinderpornografie auf der Kippe steht. Die Anfrage aus Brüssel, das Gesetz zu prüfen, habe die Regierung bereits im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens erhalten, erklärte ein Sprecher des Ministeriums. Jetzt müsse eine dreimonatige Frist bis Anfang Oktober abgewartet werden, um das Gesetz dann dem Bundespräsidenten vorzulegen. Dieser Zeitraum falle zwar in die neue Legislaturperiode, das Gesetzgebungsverfahren müsse damit aber nicht völlig neu beginnen.

Nach dem neuen Gesetz soll das Bundeskriminalamt eine Sperrliste für Internetseiten mit Kinderpornografie erstellen (epd 55/09). Wenn Nutzer diese Seiten aufrufen wollen, erscheint ein Stoppschild. Internetsperren hatten das Gesetz heftig kritisiert, weil sie den Einstieg in eine weitergehende Zensur befürchten. Auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem äußerte Bedenken (epd 61/09).

hen

Gericht: Hausdurchsuchung bei Journalist war nicht rechtens

Journalist hatte über geplantes Projekt am Nürburgring berichtet

Koblenz (epd). Eine Hausdurchsuchung bei einem Journalisten im Zusammenhang mit kritischen Berichten über den Nürburgring-Ausbau war nach einer Entscheidung des Landgerichts Koblenz nicht rechtens. Die Staatsanwaltschaft habe ohne Anfangsverdacht gehandelt, teilte das Gericht am 10. August mit. Die Behörde dürfe deshalb die beschlagnahmten Unterlagen nicht weiter auswerten. (AZ: 10 Qs 25/09)

Nach der Beschwerde des Journalisten sei gegen die „weitere Vollziehung der Durchsuchungsanordnung“ entschieden worden, so das Gericht. Die Staatsanwaltschaft hatte im Juni bei dem Journalisten wegen des Verdachts auf Verrat von Geschäftsgeheimnissen dessen Wohn- und Geschäftsräume durchsucht. Auch gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Projekts „Nürburgring 2009“ wurde ermittelt. Dem Journalisten sei es, so das Gericht, nicht auf eine Schädigung der Nürburgring GmbH angekommen, sondern darauf, das Projekt zu stoppen oder zumindest die geplante Finanzierungsform zu verhindern.

Das Gericht folgte nicht dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft, dass der Journalist gegen das Urheberrecht verstoßen habe, weil er die Präsentation eines Werbefilms über den Ausbau des Nürburgrings vor rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsabgeordneten und Journalisten mitgeschnitten und veröffentlicht hatte. Die Oppositionsparteien im rheinland-pfälzischen Landtag und der Journalisten-Interessenverband Netzwerk Recherche hatten die Razzia als Einschüchterungsversuch kritisiert.

Der Journalist, der gegen die Hausdurchsuchung Beschwerde eingelegt hatte, hatte kritisch über die geplante private Finanzierung des neuen Freizeitparks an der Rennstrecke in der Eifel berichtet. Die Finanzierung des 250 Millionen teuren Projekts ist im Juli gescheitert. *lsr*

LFK: Bußgelder gegen Internetbetreiber waren rechtens

Online-Anbieter hatte zu Fotos von abgetriebenen Föten verlinkt

Stuttgart (epd). Die Landesanstalt für Kommunikation (LFK) Baden-Württemberg hat zwei Verfahren gegen Betreiber von Internetseiten mit jugendgefährdenden Inhalten gewonnen. Wie die LFK am 3. August mitteilte, hatten die Betreiber vor dem Amtsgericht Stuttgart gegen verhängte Bußgelder geklagt. Einer der Betreiber war ein Abtreibungsgegner, der auf seinem Angebot zu Fotos von abgetriebenen Föten verlinkt hatte.

Auf der anderen beanstandeten Internetseite waren nach Angaben der LFK pornografische Inhalte ohne Altersbeschränkung frei zugänglich. Laut Jugendmedienschutz-Staatsvertrag müssen die Anbieter bei Inhalten, die die Entwicklung Jugendlicher gefährden könnten, durch die Einrichtung einer geschlossenen Nutzergruppe sicherstellen, dass Minderjährige nicht auf diese Seiten zugreifen können. LFK-Präsident Thomas Langheinrich sagte, die Urteile seien „ein wichtiges Signal“. Der Jugendschutz sei ein „hohes Gut“. Es gelte, ihn auch im Web zu bewahren.

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) hatte die beiden Internetangebote als für Jugendliche problematisch eingestuft. Nach Angaben der LFK hatten sich die Betreiber geweigert, die entsprechenden Inhalte aus dem Netz zu entfernen. Die LFK hatte daraufhin gegen den Betreiber des Angebots mit pornografischen Inhalten ein Bußgeld von 2.000 Euro verhängt. Gegen den Abtreibungsgegner wurde ein Bußgeld von 500 Euro verhängt. Dieser kündigte an, dass er Rechtsmittel einlegen werde. *dir/lbw*

Ulrich Tukur wird „Tatort“-Kommissar für den HR

Nachfolger für Sawatzki und Schüttauf noch gesucht – Künftig zwei HR-„Tatorte“

Frankfurt a.M. (epd). Der Schauspieler Ulrich Tukur wird „Tatort“-Kommissar des HR. Als Kommissar Felix Murot werde er künftig in Wiesbaden ermitteln, teilte der HR am 10. August mit.

Tukur soll allerdings nicht die Nachfolge der „Tatort“-Kommissare Andrea Sawatzki und Jörg Schüttauf antreten. Wenige Tage zuvor war bekanntgeworden, dass

die beiden Schauspieler ihre Zusammenarbeit mit dem HR beenden.

Der neue „Tatort“ mit Tukur ersetze den vor eineinhalb Jahren eingestellten „Polizeiruf 110“ mit Jan-Gregor Kremp, teilte der HR mit. Der HR werde künftig zwei unterschiedliche „Tatorte“ produzieren, insgesamt drei „Tatort“-Folgen pro Jahr. Wer die Nachfolge von Sawatzki und Schüttauf antritt, ist noch nicht bekannt. Eine Entscheidung soll bis Ende des Jahres fallen. Im kommenden Jahr werden noch drei Folgen mit Sawatzki und Schüttauf als Kommissare Charlotte Sänger und Fritz Dellwo gezeigt. Ab 2011 soll der Nachfolge-„Tatort“ gezeigt werden.

Die Dreharbeiten für Kommissar Murots ersten Fall mit dem Arbeitstitel „Wie einst bei Lili“ sollen in sechs Wochen beginnen. Die Figur des Kommissars Murot habe der HR gemeinsam mit Tukur entwickelt, sagte die zuständige Redakteurin Liane Jessen. In seinem ersten Fall stoße Murot bei seinen Ermittlungen auf alte politische Seilschaften aus der Zeit der RAF. Regie führt Achim von Borries, das Buch schrieb Christian Jeltzsch. Der Film wird zunächst als Pilotfilm gedreht, HR-Sprecher Tobias Häuser sagte jedoch, der HR wolle künftig einen „Tatort“ pro Jahr mit Tukur produzieren.

dir

Zeitungen müssen deutliche Anzeigenverluste hinnehmen

Minus 13,6 Prozent im 1. Halbjahr – große Tageszeitungen besonders betroffen

Frankfurt a.M. (epd). **Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Umfang der Anzeigen in lokalen und regionalen Tageszeitungen im ersten Halbjahr 2009 um 13,6 Prozent gesunken. Aus der aktuellen Statistik der Zeitungs Marketing Gesellschaft (ZMG) geht hervor, dass die bezahlten Anzeigen in Westdeutschland um 13,5 Prozent, in Ostdeutschland um 15 Prozent zurückgingen.**

Das Minus fiel bei den auflagenstarken Zeitungen stärker aus als bei den kleineren Titeln. So verloren die Zeitungen mit weniger als 25.000 Exemplaren 10,9 Prozent ihres Anzeigenumfangs, wohingegen sich der Verlust bei den Zeitungen mit über 200.000 Exemplaren auf 20,7 Prozent belief. Nach den Daten der ZMG reduzierten sich die Gesamtumfänge der Zeitungen in den ersten sechs Monaten des Jahres um 6 Prozent. Der Brutto-Textumfang sank um 3,5 Prozent; der Brutto-Anzeigenumfang schrumpfte um 12,6 Prozent. Der Umfang geschäftlicher Werbung lag um 5,8

Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dabei gingen die Anzeigen für Markenartikel um 24,5 Prozent zurück, für Kfz-Werbung um 34,9 Prozent und für lokale Geschäftsanzeigen um 7,0 Prozent. Der Anzeigenumfang von Warenhäusern, Einzelhandelsketten und anderen Großformen des Handels stieg um 3,8 Prozent an.

Bei den Rubrikanzeigen war ein besonders dramatischer Einbruch bei den Stellenangeboten zu verzeichnen. Ihr Umfang schrumpfte um 42,4 Prozent im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Bei den Zeitungen mit Auflagen über 200.000 Exemplaren reduzierten sich die Stellenanzeigen sogar um 48,4 Prozent. Die ZMG führte dies vor allem auf die schlechte Konjunktur zurück.

In den Rubriken gingen die Immobilienanzeigen insgesamt um 18,5 Prozent zurück, die Automobil-Anzeigen um 18,3 Prozent, die Reiseanzeigen um 4,1 Prozent, Anzeigen für Veranstaltungen um 7,4 Prozent und die sonstigen Anzeigen um 17,7 Prozent. Bei den Zeitungen mit Auflagen über 200.000 Exemplare brachen die sonstigen Anzeigen um 39,1 Prozent ein. Insgesamt lagen nur die Familienanzeigen um 1,1 Prozent im Plus. Der Umfang der Projektbeilagen sank von Januar bis Juni um 6 Prozent.

cok

Früherer „Zeit“-Chefredakteur Robert Leicht wurde 65

Zehn Jahre ehrenamtlicher Präsident der Evangelischen Akademie Berlin

Berlin (epd). **Der Journalist Robert Leicht ist am 10. August 65 Jahre alt geworden. Der frühere Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ arbeitete in den letzten zwölf Jahren für sein Blatt als politischer Korrespondent. Leicht ist Honorarprofessor an der Universität Erfurt. In der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehörte er von 1997 bis 2003 dem Rat der EKD und viele Jahre der Synode an. Von 1999 bis zum Juli 2009 war er ehrenamtlicher Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin, die Nachfolge ist noch offen.**

Leicht stand von 1992 bis 1997 an der Spitze der „Zeit“-Redaktion, nachdem Vorgänger Theo Sommer auf den Herausgeber-Posten gewechselt war. In seine Amtszeit fiel die Übernahme des Blattes durch die Holtzbrinck-Gruppe. 1997 gab er die Chefredaktion an Roger de Weck ab und schreibt seitdem als Korrespondent für die „Zeit“ und andere Blätter des Konzerns. Für den Berliner „Tagesspiegel“ schreibt er Kolumnen.

Der Vater zweier Kinder stammt aus einer württembergischen Unternehmer-Familie. Er wurde am 10. August 1944 in Naumburg an der Saale geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium Schloss Salem und einer kaufmännischen Lehre studierte Leicht Jura, bevor er in München bei der „Süddeutschen Zeitung“ arbeitete, zuletzt als Ressortleiter Innenpolitik. 1986 wechselte er zur „Zeit“, zunächst als Politikchef und stellvertretender Chefredakteur. Leicht ist Träger des Theodor-Wolff-Preises und theologischer Ehrendoktor der Universität Münster. ts

„Das Dritte Buch über Achim“ ist Hörspiel des Monats Juli

Jury lobt „glasklare Hörspielversion“ von Norbert Schaeffer und Dietmar Mues

Darmstadt (epd). Die Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste hat „Das Dritte Buch über Achim“ nach dem Roman von Uwe Johnson zum Hörspiel des Monats Juli benannt.

Norbert Schaeffers und Dietmar Mues' „glasklare Hörspielversion“ biete dem Hörer eine „sperrige Erkundungsreise auf nahes, doch fremdes Terrain“, urteilte die Jury. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall sei so Johnsons Roman als kluge Reflexion des DDR-Systems neu zu entdecken.

Die Jury schreibt in ihrer Begründung: „So begleitet Schaeffers Inszenierung den Hamburger Journalisten Karsch (Ulrich Noethen) ostwärts. In Leipzig weckt der prominente Radrennfahrer Achim (Thomas Nicolai) Karschs private und professionelle Neugier. Doch Karschs Unvoreingenommenheit macht die DDR-Gesellschaft nicht offener. Wenn im Zuge seiner Recherchen markante Details auftauchen – wie der Raub von Achims erstem Fahrrad durch einen Sowjetsoldaten oder Achims Beteiligung am Aufstand des 17. Juni –, folgt alsbald der Widerruf. Unzensurierte Erinnerungssplitter haben keine Chance gegen die propagierten Ruhmesblätter. Längst unterstellt selbst der sympathische Achim seine persönlichen Erfahrungen dem offiziellen Deutungszugriff: als Spitzensportler ganz Publikumsliebbling und realsozialistisches Vorbild.“

Mit dieser Chronik des Scheiterns eines west-östlichen Kontakts glücke dem Kulturradio „zum richtigen Zeitpunkt ein detailgenauer Rückblick auf die DDR, hellhörig für Sprechnuancen und Sprachregelungen“, urteilt die Jury. „Fern von politischen Schlagworten erschließen Dialoge und zwei Erzählerstimmen ‚die Grenze: die Entfernung: den Unterschied‘. Prägnant verknäppte akustische Szenarien mit kargen O-Tönen sind zugleich persönlich und politisch.“ Die Koproduktion von NDR und MDR wurde am 1. und 8. Juli bei NDR Kultur gesendet. dir

■ KURZMELDUNGEN

Köln (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier stellen sich Anfang September in der „ARD-Wahlarena“ den Fragen der Wähler. Das Erste zeige die Sendungen mit Merkel am 7. September um 21 Uhr, die mit Steinmeier am 8. September um 21.05, teilte der WDR mit. Moderiert werde die „Wahlarena“ von WDR-Chefredakteur **Jörg Schönenborn** und NDR-Chefredakteur **Andreas Cichowicz**. Rund 150 Zuschauer werden nach Angaben des WDR für die Sendung repräsentativ ausgewählt und ins Studio eingeladen. Sie sollen den Politikern Fragen stellen. WDR und NDR hatten be-

reits 2005 jeweils eine „Wahlarena“ mit Gerhard Schröder und Angela Merkel gezeigt. Die Sendungen waren für den Deutschen Fernsehpreis nominiert worden.

Potsdam (epd). Aus Anlass der friedlichen Revolution vor 20 Jahren hat das **Deutsche Rundfunkarchiv** (DRA) sein Internetangebot um Töne, Bilder und Kommentare aus dem DDR-Fernsehen erweitert. 700 Bestandsnachweise, 170 Screenshots, rund 70 Hörzitate und 38 Volkskammer-Videos aus dem DDR-Fernsehen stehen ab sofort online unter 1989.dra.de zur Verfügung. Bisher befanden sich diese Aufnahmen nur im Rundfunkarchiv Babelsberg. Mit chronologischen Übersichten und Themendossiers

reflektiere das Internetangebot „die Sichtweise des DDR-Fernsehens auf die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990“, so das DRA.

Berlin (epd). Wie positionieren sich die Zeitungsunternehmen in Zeiten der Krise? Wie können die Zeitungen neue digitale Herausforderungen annehmen und ihre crossmedialen Möglichkeiten ausspielen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der **Zeitungskongress**, den der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) am 14. und 15. September in Fulda veranstaltet. Über Medien, Gesellschaft und wirtschaftliche Entwicklungen sprechen unter anderem BDZV-Präsident **Helmut Heinen** und der Trendforscher **Peter Wippermann**.

■ AUSLAND

China arbeitet weiter an neuer Medienstrategie

Informationen „schnell kommunizieren“ – Plan für mediales Krisenmanagement

Berlin/Peking (epd). Die chinesische Regierung arbeitet weiter an einer neuen Medienstrategie. „Informationen sollen initiativ angesprochen sowie klug und schnell kommuniziert werden“, sagte Dong Guanpeng, Publicity-Berater der chinesischen Regierung, am 10. August bei einer Veranstaltung in der tschechischen Botschaft in Peking. Seine Präsentation enthielt detaillierte Zahlen und Fakten und keine Politpropaganda.

Peking strebt eine Professionalisierung seines Medien- und PR-Systems an. Nach der Kommerzialisierung ab Mitte der 90er Jahre wurde die chinesische Presse zunächst bunter, dann trotz anhaltender Polit-Zensur teilweise auch investigativer. Regierungsorgane vertuschten zwar unangenehme Nachrichten weiterhin, aber der Informationsfluss im Internet machte viele Kontrollversuche zunichte.

Deshalb sollen inländische Medien durch schnellere und authentische Berichterstattung wieder Herr über Chinas quirlige und kritische Internetnutzer werden. Für die Abendnachrichten des Staatsfernsehens CCTV heißt das konkret: weniger Selbstdarstellung von Politikern, vitalere Moderation und mehr Berichte mit menschlichem Bezug. Zudem soll der Nachrichtenkanal Konkurrenz vom neuen Sender der staatlichen Agentur Xinhua bekommen.

Auch die fremdsprachige China-Berichterstattung will Peking mitgestalten. Das eigene, nicht-chinesische Medienangebot soll erweitert und überzeugender gestaltet werden. Neben Englisch, Spanisch und Französisch hat CCTV Ende Juli einen arabischen Kanal gestartet, im September wird ein russischer folgen. Seit April gibt die Führung eine zweite englischsprachige Tageszeitung, die „Global Times“ heraus (epd 33-34/09). Als Höhepunkt gilt die Initiierung einer englischsprachigen Webseite des chinesischen Verteidigungsministeriums am 1. August.

Laut Regierungsberater Dong war die Ausbreitung der Lungenkrankheit SARS im Jahr 2003 durch monatelange Vertuschung ein Negativbeispiel in Sachen Informationspolitik. Auch die Abschottung Tibets für ausländische Journalisten nach den Protesten in Lhasa im März 2008 führte er an (epd 24-25/08). „Wir müssen vor allen Dingen selbst schneller Informationen heraus-

geben“, sagte Dong. So trainiere er Regierungsbeamte nun besonders anhand von Krisenszenarien im Umgang mit Medien. Durch regelmäßige und gehaltvolle Pressekongressen Journalisten „beschäftigt halten“, lautet Punkt zwei auf Dongs Sechs-Punkte-Plan für mediales Krisenmanagement. Erster Punkt ist die Errichtung eines Pressezentrums; bei den Krawallen im Juli in Xinjiang handelte China auch danach.

Dong räumte auch Schwierigkeiten bei den medialen Reformen ein. „Manche Regierungsbeamte sind immer noch zu zögerlich gegenüber der Öffentlichkeit“, sagte er. Sie behandelten die Reporter als Feinde und nicht als Partner. Im Juli erregte ein Kreiskader der Provinz Shanxi öffentlichen Unmut, als er auf die Frage eines chinesischen Journalisten von CCTV antwortete: „Ihr Reporter von CCTV kümmert Euch echt um zu viel!“ Im Juni richtete ein Beamter der zentralchinesischen Stadt Zhengzhou an Journalisten die Frage: „Sprecht Ihr eigentlich für die Partei oder für das Volk?“

Reporter ohne Grenzen: Öffnung war Illusion

Unterdessen äußerte sich die internationale Journalistenvereinigung Reporter ohne Grenzen ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Peking enttäuscht über die Entwicklung der Medien- und Meinungsfreiheit in China. „Die Öffnung, die von den Organisatoren der Spiele und vom Internationalen Olympischen Komitee so sehr angepriesen wurde, war nichts als eine Illusion. Die Flamme ist endgültig erloschen“, erklärte die Journalistenorganisation am 7. August.

Kleine Fortschritte hin zu einer Liberalisierung seien längst wieder rückgängig gemacht worden. Lediglich ausländische Journalisten profitierten noch von einer kleinen Erweiterung der Spielräume für die Berichterstattung. Die Repressionen gegen einheimische Journalisten, Blogger, Menschenrechtsaktivisten und kritische Bürger hätten dagegen ebenso wie die Internetzensur wieder zugenommen, heißt es in der Bilanz von Reporter ohne Grenzen.

krk/lob

EU-Referendum: Irische Sender erhalten mehr Spielraum

Gegner und Befürworter müssen nicht die gleiche Sendezeit bekommen

Brüssel/Dublin (epd). **Zwei Monate vor dem neuen irischen Referendum zum Lissabon-Vertrag der EU hat die irische Rundfunkkommission BCI die strengen Vorschriften für eine ausgewogene Berichterstattung gelockert.**

Die Fernseh- und Radiosender sind nicht mehr verpflichtet, den Gegnern und Befürwortern des Vertrags exakt die gleiche Sendezeit zu widmen, wie der Brüsseler Informationsdienst „EUobserver“ am 7. August meldete. Bei früheren Volksabstimmungen hatte eine solche Regelung gegrieffen. Die Sendezeit muss laut BCI allerdings in „fairer und transparenter Weise“ verteilt werden.

Die Lissabon-kritische Gruppierung „Coir Campaign“ sprach dennoch von einem „politisch motivierten Anschlag auf die Demokratie“. Das Referendum über den EU-Reformvertrag findet am 2. Oktober statt. Bei einer ersten Abstimmung im Sommer 2008 hatten die Iren das Vertragswerk mit knapper Mehrheit abgelehnt. Jüngere Meinungsumfragen zeigen, dass die Stimmung sich inzwischen gewandelt haben könnte, unter anderem wegen der Wirtschaftskrise. Außerdem hatte die irische Regierung in Brüssel bestimmte Zugeständnisse wie etwa einen ständigen Kommissarsposten herausgehandelt.

Die Vorschrift über die ausgewogene Sendezeit bei Volksabstimmungen geht auf eine Klage aus dem Jahr 1997 zurück. Ein Universitätsprofessor hatte sich damals über die Berichterstattung zum Referendum über Scheidungen beschwert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter RTE hatte dem „Yes“-Lager 42,5 Minuten, dem „No“-Lager dagegen nur zehn Minuten gewidmet. isg

■ Kurzmeldung

Betzdorf (epd). Die Versorgung mit **Breitbandinternet über Satellit** erlebt starke Wachstumsraten. Der Luxemburger Satellitenversorger **Astra SES** teilte mit, sein Breitbanddienst gewinne in Europa 10.000 Endkunden pro Quartal hinzu. Insgesamt nutzten zwei Jahre nach Start über 40.000 Kunden das Angebot, das in 14 europäischen Ländern verfügbar ist.

Niederlande: Kronprinz verklagt AP wegen Urlaubsfotos

Hof moniert Verletzung des Medienkodex – AP-Juristen prüfen den Fall

Den Haag (epd). **Der niederländische Kronprinz Willem-Alexander und seine Frau Maxima haben die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) wegen der Verbreitung von Urlaubsfotos des Paares verklagt. Mit einer einstweiligen Verfügung wollen sie erreichen, dass AP die Fotos aus der Datenbank entfernt und zugesagt, keine neuen Fotos des Paares zu verbreiten, die in ihrer Freizeit aufgenommen wurden, teilte ein Sprecher des Hofes am 6. August in Den Haag mit.**

Die Fotos waren in Argentinien aufgenommen worden. Das Informationsamt des königlichen Hofes erklärte, dass die Veröffentlichung den sogenannten Medienkodex verletze. Nach dieser Vereinbarung verpflichten sich niederländische Medien, nur Fotos der königlichen Familie zu veröffentlichen, die diese in Ausübung ihres Amtes zeigen.

Im Gegenzug erklärt sich die Familie bereit, in ausgewählten Momenten vor den Fotografen zu posieren. Medien, die sich nicht an die Vereinbarung halten, werden von diesen offiziellen Fototerminen ausgeschlossen.

„Respektvoller Abstand“

Das international operierende AP erklärte, dass die Fotos aus einem „respektvollen“ Abstand aufgenommen worden seien. „In diesem Fall sind die Mitglieder der königlichen Familien öffentliche Figuren in einem Skiort außerhalb ihres Landes“, hieß es. Die Juristen der Agentur beraten zurzeit über die Klage. Der Sprecher des Hofes kündigte an, dass die Klage zurückgezogen werde, wenn AP eine Verletzung der Privatsphäre eingestehe und alle Fotos aus den Archiven entferne.

In der vergangenen Woche hatten auch andere niederländische Medien die Fotos der Familie aus dem Ferienort veröffentlicht. Nach Androhung eines Verfahrens hatten sie jedoch zugesagt, künftig solche Fotos nicht mehr zu publizieren. bir

Marokko: Regierung verbietet Magazine und „Le Monde“

Wegen Veröffentlichung einer Meinungsumfrage zur Monarchie

Rabat (epd). Das marokkanische Innenministerium hat am 1. August den Verkauf der politischen Nachrichtenmagazine „TelQuel“ (französische Ausgabe) und „Nichane“ (arabische Ausgabe) verboten. Die gesamte Auflage in Höhe von jeweils 50.000 Exemplaren wurde beschlagnahmt und dann vernichtet. Grund für die Maßnahme war die Veröffentlichung einer Meinungsumfrage zum 10. Jahrestag der Thronbesteigung von König Mohammed VI. im Juli 1999. Dies wurde als Verstoß gegen das Pressegesetz von 1958 gewertet.

Am 4. August wies das Verwaltungsgericht in Casablanca einen Antrag der TelQuel-Mediengruppe des Verlegers Ahmed Benchemsi auf Aufhebung der Beschlagnahme zurück. Die beiden Nachrichtenmagazine wurden im Jahr 2001 von Benchemsi gegründet. Khalid Naciri, der marokkanische Minister für Kommunikation und offizielle Regierungssprecher, erklärte hierzu: „Die Monarchie kann nicht Gegenstand einer Meinungsumfrage sein.“ Jede Publikation, die die Ergebnisse der Umfrage veröffentliche, egal ob marokkanisch oder ausländisch, werde verboten.

Das Verbot traf am 4. August auch die französische Tageszeitung „Le Monde“. Chefredakteur Eric Fottorino hatte beschlossen, aus Solidarität mit den marokkanischen Zeitschriften die Ergebnisse der Meinungsumfrage ebenfalls zu veröffentlichen. „Le Monde“ hatte zusammen mit Benchemsi die Meinungsumfrage durch die marokkanische Filiale des französischen Meinungsforschungsinstituts LMS-CSA unter 1.100 Marokkanern organisiert. Über 91 Prozent der befragten Marokkaner konstatierten eine Verbesserung ihrer Lebenssituation unter der Herrschaft des 45-jährigen Königs.

Der Verleger Ahmed Benchemsi hatte erklärt, es gebe in Marokko kein Gesetz, das die Veröffentlichung von Meinungsumfragen verbiete. Nach wie vor werden aber in Marokko trotz aller demokratischen Fortschritte Monarchie (König), Religion (Islam) und die territoriale Integrität (Westsahara-Frage) als Tabuthemen behandelt. 49 Prozent der befragten Marokkaner betrachteten die Monarchie in Marokko als „demokratisch“, nur ein Drittel beurteilte sie als „autoritär“.

Frankreich bedauert Beschlagnahme

Frankreich sei „überrascht“ und bedaure die Beschlagnahme der Zeitung „Le Monde“ in Marokko, erklärte ein Sprecher des französischen Außenministeriums am 4. August. Die Journalistenvereinigung Reporter ohne Grenzen verurteilte die Beschlagnahme der Publikationen als „archaisch und illegal“ sowie als „neue Verletzung der Pressefreiheit in Marokko“. Plantu, der berühmte Karikaturist der „Le Monde“, erteilte dem marokkanischen König am 5. August auf der Titelseite Nachhilfeunterricht bei den demokratischen Grundregeln. Man verbiete in einer Demokratie keine Meinungsumfragen – und schon gar nicht positive, so der Tenor Plantus

Marokko ist heute eine konstitutionelle Monarchie der seit 1666 herrschenden Alawiden-Dynastie. Der marokkanische Monarch ist gleichzeitig geistliches Oberhaupt der islamischen Gläubigen und größter Unternehmer des Landes. Die Regierung unter Ministerpräsident Abbas Al-Fassi, dem Führer der konservativ-nationalen Istiqlal-Partei, besteht aus konservativen Nationalisten, Royalisten, Liberalen, Sozialisten und Kommunisten. Nur die gemäßigten Islamisten sind bisher von der Regierung ausgeschlossen. Unter König Mohammed VI. wurde – im Gegensatz zu seinem autoritär herrschenden Vater Hassan II. – eine weitgehende, aber auch widersprüchliche Liberalisierung der Medien eingeleitet. So wurden seit 1999 Geldstrafen in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro gegen marokkanische Medien verhängt. ebe

■ KRITIK *Fernsehen***Gackernde Hühner**

„Die Nonne und der Kommissar“: „Todesengel“, Regie: Hajo Gies, Buch: Martina Brand, Kamera: Achim Poulheim, Produktion: Maran Film (ARD/SWR, 5.8.09, 20.15–21.45 Uhr)

epd Im Kloster gibt der Tenor Mario da Fonte ein Konzert. Die Gesichter der Nonnen und auch die der Besucher sind entrückt himmelwärts gerichtet, manch Auge trânt vor Rührung. Nur die junge Nonne Camilla, Turnschuhe unter dem Habit (sehen aus wie die beliebten Converse-Dinger), hottet mit dem Fuß unter dem Tisch, drüber studiert sie ein Lehrbuch der Fahrschule. Dann regnet es durchs Dach, Schirme werden aufgespannt. Gleichzeitig bricht ein Einbrecher ein, schlägt die Küche in Klump, klaut zwei Flaschen Himbeergeist, und die Oberin schreit: „Herrgott, unser göttliches Kompott!“

Geklaut werden sollte eigentlich ein lebensgroßer Engel (Wert 300.000 Euro), geschaffen von dem nunmehr berühmten, weil verstorbenen Bildhauer Wolfgang Grunewald. Aber er stand eben nicht, wo er sollte, sondern war in Klausur und überhaupt war es nur eine Kopie. Der Engel natürlich.

Was da – als Folge zwei – über den Bildschirm flimmerte, passte in keine Mottenkiste. Kein Klischee wurde ausgelassen, die Handlung holperte munter drauflos, die Texte waren steinerweichend platt. Das altbekannte Muster – Nonne/Priester contra Polizei – wurde weidlich überstrapaziert, nichts Bekanntes wurde ausgelassen und Neues zum Thema gab es auch nicht. Dennoch meldete der SWR stolz 4,76 Millionen Zuschauer und einen Marktanteil von 19,8 Prozent für die „Sommerkomödie“.

Da half auch die Besetzung nicht. Günther Maria Halmer gab den Kommissar Josef Baumert. Was hat ihn da nur geritten? Da er sich weder am Text noch an Vorgängen abarbeiten konnte, vertraute er auf äußere Mittel: Keck saß ihm der Jägerhut schräg auf dem Kopf, fast immer war der treue Hund Nietzsche an seiner Seite und Halmers Gesicht legte sich in unzählige Falten, ein Auge war häufig mit Zwinkern beschäftigt.

Die liebliche Nonne Camilla wurde gespielt von Ann-Kathrin Kramer. Sie scheute wirklich kein Mittel, und sei es auch noch so billig. Ihre Devise ist offenbar: Bewegung, ständig Bewegung. Über ihr Gesicht laufen in Sekunden mannigfaltige Gefühle, die Augen strahlen überdeutlich, sehen keck in die Welt, blinzeln verschämt usw. Sie trägt über dem Schwarzen eine modische

graue Strickjacke, bei der Außenarbeit einen knallroten Rucksack, an dem ein großes Kreuz baumelt, in den Turnschuhen läuft sie über die Außenkante.

Auch die Oberin (Brigitte Janner) ist ein Prototyp aus der Witzkiste für Nonnen: Gestützt auf einen Stock mit silbernem Knauf ist sie hochatmig autoritär und barsch, hat aber natürlich das Herz immer auf dem rechten Fleck. Und sie guckt heimlich „Tatort“! Wirklich umwerfend komisch. Die Nonnen insgesamt sind wie ein Haufen gackernder Hühner und reden schrecklich antiquiert. Und weil das so ist, fallen einem dazu solche Wörter ein wie putzig und possierlich.

In dem eigentlichen Kriminalfall geht es um den wertvollen Engel, um Schwester Annabelle, die vom Einbrecher niedergeschlagen wurde, um den Hund des Kommissars namens Nietzsche, der angefahren und verletzt wurde, um die Witwe des Bildhauers, die jetzt einen Versicherungsmann liebt, um ihren Sohn, der ein Sargtischler ist, um einen Bestatter, der die Witwe tief, innig und heimlich seit Jahren liebt, und es geht um den Tenor Mario da Fonte. Der hat vor drei Monaten seine Mama verloren, wohnt in der Nähe des Klosters in einer Villa mit gnadenlos barockem Interieur und sammelt Devotionalien. Und er hat den Bestatter angestiftet, den Engel zu klauen, während er selbst im Kloster die wohltonenden Arien sang.

Das alles kriegt Nonne Camilla so echt im Alleingang heraus, immer dem Kommissar mehr als eine Nasenlänge voraus, der ja mehr mit der Pflege von Nietzsche beschäftigt war. Was sich auszahlte. Denn Nietzsche findet endlich die in einem Sarg eingeschlossene Camilla. Die Herren Kommissar und sein Assistent schienen kurzzeitig ertaubt zu sein, da sie, obwohl in ziemlicher Nähe, das Geklopfe der Schwester nicht hören, auch nicht in der Lage sind, selbst mal in den paar Särgen nachzusehen.

Am Ende stimmen die Nonnen im Klosterhof – Rehe laufen da immer umher und Wäsche hängt auf der Leine – „Dona nobis pacem“ an, um dann, angespornt von einer dunkelhäutigen Nonne, mächtig loszuhotten. Jaja, die Schwarzen haben's halt im Blut, da ist auch im Kloster kein Halten. Den meisten Geschmack bewies Lars Gärtner als Assistent Danny. Er agierte ebenso unaufwendig wie genau.

Dieses war der zweite Streich. Vor einem dritten bewahre uns der liebe Herrgott. *Renate Stinn*

Es fehlt das Leben

„Alphaville – Gefangen im Luxus“, Regie: Luzia Campos, Buch: Luzia Campos, Gustavo Ribeiro, Kamera: Luzia Campos, Gustavo Ribeiro u.a., Produktion: Mixer (ARTE/ZDF, 25.7.09, 18.05–19.00 Uhr)

epd Üblicherweise kommen Gesetze von oben und rechnen nur mit jenen Menschen, von denen sie gebrochen werden. Im brasilianischen Alphaville ist das anders. Die Gated Community, ein Vorort von Sao Paulo, leistet sich eine eigene Hausordnung, die statt der staatlichen eine abstrakte Macht der Gemeinschaft etabliert. Eine wirkungsvolle Methode: Ute Hübler, die von Österreich direkt nach Alphaville zog, weiß genau, dass sie von einer der zahllosen Überwachungskameras beobachtet wird, wenn sie mal wieder auf dem Spielplatz eine Zigarette raucht. Dass ihr das peinlich ist, zeigt ihr affektiertes Lachen – als hätten die Kameras recht und sie tatsächlich bei einer Straftat ertappt.

Dieser Autorität des anonymen Blicks bedient sich auch Luzia Campos in ihrem Film über Alphaville. Ein Gutteil ihrer Aufnahmen stammt von Überwachungskameras; auch von ihrer eigenen: Für die Dokumentation zog die Autorin nach Alphaville und richtete in ihrem angemieteten Haus ein kleines Interviewstudio ein.

Die Menschen, die sie zum Gespräch lädt, sieht man zuallererst durch die Überwachungskamera – wie sie den Fußweg entlangkommen, Frisur und Kleidung noch einmal in Ordnung bringen, in die Linse blicken, auf die Klingel drücken. Dass Luzia Campos Alphaville am eigenen Leib erfahren wollte, ist konsequent: Angesichts eines Territoriums mit eigenen Werten und Normen auf der Position des Außenstehenden zu beharren, würde wohl wenig überraschende Einsichten und Erkenntnisse zutage bringen.

Deshalb bleibt der Zwiespalt unüberhörbar in diesem Film. Zwar spricht sich Campos ganz deutlich für das Leben – und damit eben auch die Gefahr – in der Großstadt aus, für die Alphaville-Bewohner hat sie dennoch Verständnis, redet deren Argumenten auch oft genug das Wort und denunziert sie nie. Es stimmt schon: 1000 Überfälle und 50 Blitzentführungen pro Tag – das ist keine Statistik, die Lust macht auf die brasilianische Metropole, gerade, wenn man Kinder hat.

Luzia Campos legt ein besonderes Augenmerk auf die jungen Einwohner der Gemeinschaft, da sich an ihnen die Folgen des bewachten Wohnens gut beobachten lassen. Schon der Nachwuchs ist geprägt von einer Angst vor Sao Paulo, ohne die Stadt wirklich zu kennen. Ihre Kinder, so erzählt es Ute Hübler, seien dort jedes

Mal „schwer verunsichert: Sie sehen die verschiedenen Kulturen, die verschiedenen Hautfarben“. Ihr Sohn, ein Teenager, traue sich alleine in kein Geschäft in Sao Paulo, wolle in keinem Café Platz nehmen zwischen all den anderen Menschen. Kaum verwunderlich: In Alphaville gibt es, wie Luzia Campos so schön sagt, keinen Bettler, niemanden, der herumlungert, „es gibt überhaupt keine Menschen hier“: „Ein fast perfektes Leben. Es fehlt nur ein bisschen Leben.“

Wirklich sind die Straßen leergefegt wie in einer Geisterstadt, höchstens ein paar Hausangestellte – von denen es in Alphaville fast so viele wie Einwohner gibt – fahren die Babys spazieren. Die manierierte Architektur tut das Übrige, dass man sich oft in einer Zeichentricklandschaft wähnt; ein Eindruck, den die Regisseurin mit Zeitraffer und ähnlichen Effekten sichtlich gerne befördert.

Einen genauen Blick hat sie zudem für die Momente, in denen die Alphaville-Bewohner dem Chaos, der Unordnung, dem Anderen frönen. Wie etwa der Unternehmer, der feierabends im Keller Leinwände in Jackson-Pollock-Manier bespritzt. Oder Renato, der mit seinen beiden Hunden im doppelten Schutzwall von Alphaville spazieren geht – nur dort kann er sie tagsüber frei laufen lassen, in der Community ist das erst ab Mitternacht gestattet – und durch die Löcher in der Mauer Kontakt zur Außenwelt aufnimmt. „Die Straße haben sie immer noch nicht asphaltiert?“, fragt er die Kinder, die in der Favela auf der anderen Seite leben. „Onkel, ist da drüben ein Ball?“, fragen sie zurück.

Eine Situation, die nicht weniger grotesk ist als die Draufsicht auf diese Szene: In der Mitte verlaufen die beiden Mauern, dazwischen Renato, rechts menschenleeres, gestutztes Grün, links windschiefe Hütten aus Blech und Pappe, ein Dutzend Kinder spielend, ein paar Männer auf der Straße hockend.

Man fühle sich nicht wohl, wenn man so umzingelt von Favelas lebe, sagt die Hausfrau Keila Christina später, und meint damit nicht ihr moralisches Gewissen, sondern ihre pure Angst. Manchen genügen eben noch nicht einmal Mauern, Infrarotsensoren, Wachmänner, schussichere Scheiben und meterhohe Gitter. Vielmehr erzeugt das Bestreben nach der absoluten Sicherheit womöglich nur noch mehr Angst, wie Luzia Campos' Epilog erklärt. Dessen hätte es nicht einmal bedurft bei diesem Schlussbild: Da ist die Regisseurin zurück in Sao Paulo, man sieht sie an einer Kreuzung stehen, um sie herum eine wild wuselnde Masse. Und so gefährlich diese Menschenmenge im Einzelnen auch werden könnte, wenigstens herrscht hier das Leben.

Katrin Schuster

Bewegungstier

„Comeback“, Regie, Buch und Kamera: Maximilian Plettau, Produktion: Loopfilm (BR, 25.7.09, 21.50–23.05 Uhr)

epd Dieser Boxer hat seine besten Zeiten hinter sich. Seit Jahren arbeitet er als Türsteher, einen Kampf will ihm niemand mehr geben. Dennoch trainiert er unermüdlich für sein Comeback, boxt Schatten und Gespenster, prügelt den stoischen Sandsack, springt mit dem Seil, schwitzt, läuft abends und im frühen Morgenrauen. Alles ist karg, er isst trockenes Schwarzbrot, er hat ein Zimmer, das man kaum als sein Zimmer erkennt. Er hat das Gesicht eines Boxers, keine besonderen Merkmale. Seine Nase ist ein wenig geplättet, seine Ohren sind etwas aufgequollen, die Schatten unter den Augen sehen aus wie Narben.

Er war mal ganz oben, aber weil er dann viel auf die Fresse bekam, war er ganz schnell wieder unten. Ein Mann ohne Manager und Gym, ein alternder Boxer auf der Suche nach dem Körper vergangener Tage. Er quält sich, lebt asketisch, geht jeden Tag seinen Weg und arbeitet sich am Unmöglichen ab: das Leben und damit die Kraft ist schon auf dem Rückzug und gegen das Alter hat noch kein Boxer gewonnen.

Der Dokumentarist Maximilian Plettau – diese Studie ist sein Abschlussfilm an der Hochschule für Film und Fernsehen in München – hat den früheren Boxprofi Jürgen „The Rock“ Hartenstein ein Jahr lang begleitet. Vor zehn Jahren war der junge Hartenstein ein aufstrebendes Talent, er wurde Deutscher Meister im Halbschwergewicht, doch dann ging's bergab. An der Wand seines schlichten Zimmer kleben Fotos, auf denen Hartenstein zwischen den Brüdern Klitschko steht, zwei Selbstvermarktungsriesen, die sich in einer anderen Galaxie bewegen.

Der Film erklärt nicht warum, er enthält sich jeden Kommentars aus dem Off und der Protagonist blickt und erzählt niemals in die Kamera. Diese ebenso offene wie opake Erzählhaltung ist dem Genre und dem Boxer angemessen, denn Boxer sind Bewegungstiere, keine Talking Heads. Der Film ist verlässlich dicht dran am Körper und am Alltag, die Kamera fast immer aus der Hand geführt, klebt dem Boxer nicht am Leib, aber sie erkundet authentisch die Anstrengungen der Monotonie.

Man erfährt viel über das Boxen, ohne dass dieser Film in allererster Linie ein Boxfilm wäre. Er ist zuallererst ein Film über das Aufstehen, Losgehen, Weitermachen, Überleben, ein Film über einen Boxer, dessen Suche nach alter Form zur Metapher für das Leben an sich

wird. Wenn dieser gefallene Held endlich nach Amerika kommt und am Times Square steht, spürt man die unendliche Gleichgültigkeit dieser großen Stadt gegen den Ankömmling, ihre gefräßige Suche nach Menschenschicksalsfleisch und man weiß, noch bevor Jürgen nach Philadelphia zum Austragungsort seines Kampfes reist, dass er nur Kanonenfutter für einen anderen ist, der auch Kanonenfutter für einen anderen sein wird.

Der Kampf und damit der Traum ist dann auch schnell vorbei und ausgeträumt, schon in der zweiten Runde ereilt den Boxer aus Deutschland der Niederschlag, technischer K.o., sein Gegner, ein schwarzer Junge, dem noch viele Flausen im Kopf stecken, streckt die Faust in die Höhe.

Der Film, auch das macht ihn sehenswert und stark, urteilt nicht, ob man Jürgen nun als Gescheiterten, als Stehaufmännchen oder als konsequenten und willensstarken Idealisten sehen will, es hängt vom Betrachter selbst ab. So hat man das Gefühl, einem Menschen nahe gekommen zu sein, ohne sein Inneres geplündert zu haben, man erfährt etwas über das Wesen des Boxens, dessen Reiz eben nicht nur im Spektakel des großen Kampfes steckt, sondern im langen geradezu meditativen Weg dorthin. Jeder Boxer ist Teil der großen Boxfamilie und doch zugleich für immer allein.

Und wenn sich Boxer die Köpfe einschlagen, dann prügeln sie nicht nur ihre Träume, sondern ihre Träume prügeln immer auch sie. Und von denen kommen sie auch nicht los. Ein empfindungsreiches, empfindsames Porträt, ohne ein Gramm Fett, ohne ein Gran Pathos.

Torsten Körner

■ KRITIK Radio

Kaltes Licht des Erkennens

„die alarmbereiten“, Buch: Kathrin Röggla, Regie: Leopold von Verschuer (Bayern 2, 2.8.09, 15.00–16.00 Uhr)

epd Wer kennt sie nicht, jene endlosen, aus nichts bestehenden und ins Nichts führenden Debatten über nahende Katastrophen, Zusammenbrüche, Untergänge. Ob sterbende Wälder, verseuchte Gewässer, schmelzende Eisberge, die Klimakatastrophe oder der wirtschaftliche Kollaps: man ist mit seinen Gedanken und Ängsten allüberall und zugleich nirgendwo. Man weiß nichts Genaueres, hat aber etwas gehört. Man führt Begriffe im Mund, die nur halbverdaut sind, aber Entschiedenheit vorgaukeln, paart Emotion mit Eloquenz, und am Ende beginnt alles wieder von vorne.

Es sind die Medien, die die Stichworte liefern, aber auch da herrscht statt Kenntnis Hilflosigkeit. Denn je genauer sie Szenarien des Untergangs abbilden, einen Tsunami, einen Terrorakt, einen Börsencrash, umso verworrener wird meist das Ganze. Die Schriftstellerin Kathrin Röggla hat diesem Komplex die meisten ihrer Prosatexte, Stücke und Radioarbeiten gewidmet. Ihr Vorgehen – „Reibung und Entzündung am Konkreten, das durch das Abstrakte (...) in Schach gehalten wird“ beruht auf Beobachtung und Recherche, ohne sich mit dem Dokumentarischen zu begnügen.

Dem Abgelauchten und Gesehenen stellt sie ein präzise funktionierendes sprachliches Gerüst gegenüber, das gleichsam analytisch mit dem Vorgefundenen verfährt und ihm so eine neue Ordnung des Einsehbaren gibt: durch Umstellungen, Reihungen, Montagen, durch Umformungen und Blockbildungen, durch die Künstlichkeit einer Dramaturgie, die alles bloße Erzählen hinter sich lässt. Unter dem kühlen sprachdiagnostischen Blick einer ausschließlich vom „Wirklichen“ zehrenden Autorin gerät da ein nur allzu gut Bekanntes ins kalte Licht des Erkennens.

Betrachtet man sie oberflächlich, so ist Rögglas Radioarbeit der Quasselmonolog einer Frau, die sich schier endlos im Gerede über drohende Katastrophen ergeht. An allem entzündet sich die „Alarmbereitschaft“: an der Atemluft, am Wasser, das zur Beruhigung geschluckt werden soll und sich zusehends zum globalen Phänomen, ja zur Eiszeit ausweitend, an Permafrost, Klimawandel und Vogelgrippe, an einer Natur, die sich „rächt“, und einer „Normalität“ der Waldbrände, die – das alles gab es doch immer schon – beschwichtigend dagegen gehalten wird. Zwischen Panik und zwanghafter Beruhigung pendelt das, zwischen dem Wunsch, sich aufzuregen und der Sehnsucht, ins „normale Leben“ zurückzukehren. So entstehen neben den üblichen Worthülsen sprachliche Gebilde, die ein gewisses, freilich ebenso ins Leere laufendes Reflexionsvermögen verraten. Von „Klimaoptimisten“ ist da die Rede, vom „Rauschen der Gegenmaßnahmen“, vom „Emissionzertifikatehandel“ und davon, dass man „die Alarmdosis runterschrauben“ solle.

Von ferne erinnert das alles ein wenig an Beckett („Glückliche Tage“) oder an einen der Monologe Elfriede

Jelineks. Die Katastrophe vor oder hinter sich richtet sich jemand ein im Geplapper über dies und jenes. Und nichts deutet darauf hin, dass dem Unheil etwas entgegengestellt werden soll. Doch das ist nur die eine Seite, denn der entscheidende Kunstgriff Rögglas besteht darin, den Redestrom in indirekte Rede zu setzen und ihm so alles Illusionistische zu nehmen. Die Sprechende gibt wieder, was sie in endlosen Telefonaten mit ihrer besten Freundin zu hören bekam.

Ein Dialog, im Nachhinein rekonstruiert und von der Kühle des Ordnen und Begreifens geprägt, doch ohne dass da irgendetwas begriffen wird. Umzingelt und zugleich sekundiert wird die Suada von Einblendungen imaginärer (oder realer?) Radioschnipsel, denen irgendwie die Anlässe abhandengekommen sind, die aber umso hektischer ein „Funktionieren“ des Apparates widerspiegeln: Berichte von Schauplätzen der Katastrophen, Höreranrufe, die durcheinanderwirbeln und von beflissenen Moderatoren gemanagt werden. Auch hier ein beredtes Gestammel voller wichtigtuertischer Allgemeinplätze, das den verfremdend analytischen Blick der Autorin verrät. Die Cassandra, der wir hier begegnen, ist „gefaket“, denn was sie an Unheil prophezeit, ist vorher längst über alle Kanäle gegangen, es ist „abgekupfert“. Und die Geräuschkulisse macht klar, dass einem nichts anderes übrigbleibt, als sich dem Katastrophensound zu ergeben.

Ohne dass sie eingreifend Stellung bezieht, gelingt es der Autorin doch, Augen und Ohren gegenüber einer Zeiterscheinung zu öffnen, deren Merkmal es ist, dass Augen und Ohren, obwohl „dauer geöffnet“, nicht mehr zu funktionieren scheinen. Es ist die Präzision ihres gleichsam protokollarischen Verfahrens, die ihr dazu verhilft. Irritierend ist nur, dass sich die Regie (Leopold von Verschuer) einer Stimme bedient (Dorothee Metz), deren jungmädchenhaft frohgestimmtes Naturell alles Analytische in die „Figur“ einer frisch von der Leber weg mit ihrer besten Freundin telefonierenden Zeitgenossin zurückführt. Da schiebt sich denn doch etwas befremdlich „Erzählendes“ über das so intelligent gebaute Arrangement, dessen „Akteur“ ja nicht ein lebendes Individuum, sondern die Sprache ist.

Christian Deutschmann

■ NOTIERT

■ „Es sieht so aus, als hätten sich die deutschen Wahlkämpfer verschworen, die Beteiligung an der nächsten Bundestagswahl auf weniger als fünfzig Prozent zu senken. Es ist, als wäre Horst Schlämmer, der fiktionale Kanzlerkandidat, genau im richtigen Moment zu uns gekommen: um uns darauf hinzuweisen, dass jene öffentlichen Personen, die zur Wahl tatsächlich zugelassen worden sind, auch mehr die Fiktionen ihrer Spin-Doktoren sind und weniger die ernstzunehmenden, zweifelnden und denkenden Menschen, als welche wir uns diese Kandidaten auch weiterhin vorstellen wollen.“ – *Claudius Seidl in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“*.

■ „In dieser jungen, unübersichtlichen Welt geht es mancherorts zu wie im Dikicht amerikanischer Städte der zwanziger Jahre. Soziale und moralische Verwahrlosung erstickt in weiten Teilen der neuen Galaxie den Freiheitsgeist der Gründergeneration. Mehr als vor einem ‚Großen Bruder‘ muss der unschuldige Besucher sich fürchten vor dem Heer der kleinen Brüder, vor der Gemeinheit und Missgunst im Netz.“ – *Thomas Darnstädt, Frank Hornig, Martin U. Müller, Marcel Rosenbach, Hilmar Schmundt in der „Spiegel“*.

■ „Die meisten der Scheußlichkeiten, von denen hier mutmaßlich die Rede ist, haben mit dem Internet an sich allerdings gar nichts zu tun: Es handelt sich dabei lediglich um Erzeugnisse und Äußerungen von Menschen, die die Grenzen von Anstand und gutem Geschmack weit überschreiten. Solche Übertretungen sind kein neues Phänomen. Es gibt sie mindestens so lange, wie es die menschliche Sprache gibt. Geändert hat sich vor allem eins: Es ist heute, online, un-

gleich einfacher, sich wirkungsvoll schlecht zu benehmen. Es ist, nicht erst seit 1993, absolut wünschenswert, gegen schlechte Manieren vorzugehen. Das aber hat wenig mit dem Internet und viel mit der Erziehung seiner Nutzer zu tun. (...) Eine schlichte Grundregel für die Netzbenutzung der Zukunft könnte lauten: Tue online nichts, was Du offline nicht auch tun würdest. Und: Man muss sich wirklich nicht alles ansehen, was es zu sehen gibt.“ – *Christian Stöcker bei „Spiegel Online“*.

■ „Gebührenverschwendung kann der ARD auch keiner vorwerfen, höchstens die Vergeudung von Sendezeit. Alle ARD-Sender greifen bei den Sonntagsspielen nämlich auf dieselben Berichte zurück, die je nach regionaler Zuständigkeit produziert werden. So kommt das Spiel aus Karlsruhe vom SWR und das Bochum-Spiel vom WDR. (...) Doch die Mehrfachverwendung der Berichte spart nicht nur, sie sorgt auch für die Vervielfältigung heiterer Momente. ‚Alter Schwede, der Kroatie packt seinen linken Fuß aus‘, bemerkt der SWR-Kommentator zu einem Schuss des Freiburgers Ivica Banovic. Kurz darauf läuft das Spiel im Bayerischen Rundfunk, wieder packt der alte Schwede seinen kroatischen Linksfuß aus. Dann erzielt Tommy Bechmann den verdienten Ausgleich für Freiburg. Bechmann ist übrigens Däne.“ – *Björn Wirth in der „Berliner Zeitung“*.

■ „Nun also Plan B. Die Verlage wollen ihre das Gratislesen gewohnten Online-Nutzer zu zahlenden Kunden machen. Mit der strategischen Kehrtwende erwischen sich die Zeitungshäuser allerdings selbst auf dem falschen Fuß. Vieles ist widersprüchlich Während Murdoch zum Beispiel in Großbritannien Online-Gebühren für ‚Times‘ und ‚Sun‘ verlangen will, lässt er allabendlich vor den U-Bahn-

Stationen der Hauptstadt in großer Auflage seine kostenlose Zeitung ‚Londonpaper‘ verteilen. Strategisch bunt geht es auch bei Springer zu. Während Vorstandschef Döpfner am Donnerstag die Bezahl-Offensive ausrief, durfte zugleich die ‚Bild‘-Zeitung ihr Publikum beschenken: ‚Alle Bundesliga-Spiele und Tore gratis bei Bild.de‘, brüstet sich das Boulevardblatt einer neuen Kooperation mit dem Bezahlsender Sky, dessen Hauptaktionär ausgerechnet Murdoch ist. (...) Was Springer dafür zahlt, sagte Döpfner nicht. Was der Nutzer zahlt, nämlich nichts, damit wird öffentlich geworben.“ – *Marcus Theurer und Henning Peitsmeier in faz.net*

■ „Woraus besteht das ZDF des Jahres 2009? Aus Gefühlsmanagement, das für Journalismus ausgegeben wird, und aus Kitsch und Klimbim, die Unterhaltung sein sollen. Besonders eindrücklich ist die Verwandlung des einstigen Nachrichten-Flaggschiffs ‚heute journal‘ in eine ‚Sendung mit der Maus‘ für Erwachsene – zumindest dann, wenn Marietta Slomka moderiert. Fast jede Nachricht präsentiert sie im Gestus des altklugen Kindes. Die Eröffnung führt hinein in Mariettas bunte Welt. ‚Auch heute war wieder Krise‘, lautet ein typischer Eingangssatz, oder ‚Das war heute wieder ein Tag mit schlechten Nachrichten‘. Es folgen die Überlegungen eines strebsamen Mädchens, das sich für uns, dem Lehrer in der ‚Feuerzangenbowle‘ gleich, janz, janz dumm stellt. ‚Soll Opel am Ende verstaatlicht werden? Und was heißt das überhaupt?‘ Spätestens jetzt schraubt ihre Stimme sich nach oben. Ja, ‚was heißt das überhaupt?‘ Den Beitrag fasst sie zusammen mit ‚schwierige Sache!‘“ – *Alexander Kissler in „Cicero“*.